

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post (ohne Befreiung)
2 Mk. -- Postzeitungsliste Nr. 3161

Weihnachtswiegenlied.

Gia popeia . . . — Der Herd ist kalt;
Schlaf Kind, und wache nicht auf zu bald.
Dich vor der Kälte zu schützen genug,
Näh' ich ein Kleidchen aus altem Tuch.

Der Lampendocht flackert, und müde sind
Die Augen mir, mein blaßes Kind.
Wer weiß, ob zu morgen fertig das Kleid,
Auf das sich mein armes Kind schon freut!

Gia popeia. — 8' ist Christnacht heut'.
Befreie uns von Not und Leid!
In dichten Flocken fällt draußen der Schnee,
Vom Deckenballen ich's tropfeln seh'.

Die Jesusgeschichte erzählt ich dir,
Mein Kind. — Du schautest für und für
In die Ferne mit Augen, die viel schon von Leid
Gesehen, und für die noch viel Trübes bereit.

Und fragtest: Ist wirklich im Stalle er
Geboren und hatte zur Wiege nichts mehr
Als Stroh, und ging ärmlich vom Himmelstebren
Für uns in die Welt? — Es ist wahr mein Sohn.

Er wollt' uns erlösen, doch Haß und Verdacht,
Sie haben ihn schimpflich ans Kreuz gebracht,
Und umsonst der Schatten vom Kreuzesbild
Die Erde mit Kampf seit Jahrhunderten füllt.

Dem das Leben, es schleppt sich an jedem Ort
Für uns zwischen Ebene und Wertstatt fort;
Unwissenheit dreht uns, und nackte Not,
Und Laifer, und Kerker, und früher Tod.

... Wird Frieden und Liebe denn nie bei uns sein?
O Kind . . . du siehst es nicht richtig ein.

Die Nacht ist heilig. — Es fällt aus der Höh'
Auf weiße Straßen der weiße Schnee.

Und morgen verkünden beim Dämmerungsröt
Die Glocken: Friede auf Erden und Brot,
Und den Menschen ein Wohlgefallen . . . Doch
Ist alles nur schreckliche Lüge noch.

Wird Lüge auch bleiben mein Kind, bis einmal
In jedem Heime, das ebenso kahl
Wie dieses, in jedem gleich elenden Raum
Wie dieser, wo mangelt der Hoffnung Traum.

Ein jedes Kind bei dem Weihnachtsfrührot,
Das mit mir leidet die gleiche Not
Und sein kargliches Brot oft mit Tränen ist,
Erwacht mit der Seele von Jesus Christ.

Und jede Dachkammer ein Kind aufweist,
Einen Knaben voll Stolz an Seele und Geist,
Der des Lebens trübseliges Kämpfen begreift
Und ein unbefiegbares Schwert sich schleift.

Zu Millionen sehn auf eines Tages sie all',
Mit Blitzaufgunkel und Donnerschall,
Die Propheten, und von ihren Streichen fällt
Zertrümmert, vernichtet die alte Welt.

Das Evangelium soll dann allein
Gesetz für das menschliche Leben sein;
Und Friede sei wirklich alsdann auf der Erd',
Und den Menschen ein Wohlgefallen besichert!

Und an unserm armen und elenden Esch,
Geschwächt durch der niederen Klassen Los,
Durch Mühsal und schweigende Sklavenschaft,
Zeigt die Vergeltung die Wunderkraft.

So erzähl' ich, mein Sohn, an dem Bettchen hier
Mit unerschütterlichem Glauben dir
Diese Weihnachtsgeschichte feierlich:
Christkind meines Blutes, ich segne dich! —

Ada Negri.

❁ ❁ ❁ Weihnachtsgedanken. ❁ ❁ ❁

Seit Jahrtausenden erhofft die Menschheit Heil und Erlösung. Heilung von den Wunden, die Natur und Kultur dem Menschen schlagen. Erlösung von der vielgestaltigen Pein, die das Erdenleben für die große Masse der Menschen in sich birgt.

Und das Heil ist im Wachsen!

Wie hat sich die Menschheit durchgerungen die Jahrtausende, in aufsteigender Linie! Vom tierähnlichen, dummen, unbewußten Dahinleben ohne Zweck und Ziel zum selbstbewußten Kulturmenschen mit tausend Trieben, Hoffnungen, Wünschen und Vollbringen.

Aber die moderne Kultur ist Oberflächkultur.

Gewiß nicht mehr in dem Maße wie bei den Griechen und Römern, wo auf einen Freien oftmals zehntausend Sklaven notwendig waren, um die Kultur zu ermöglichen.

Hier hat vor bald 2000 Jahren die neue Entwicklungsstufe eingesetzt. Die Unterdrückten und Beladenen empörten sich, schlossen sich zusammen und forderten Erlösung aus ihrer Mühsal. Die Liebe zum Nächsten — das hieß allgemeine Menschenliebe — ward zum höchsten Gebot und der Kommunismus an den Gütern des Lebens ward gepredigt.

Es war verfrüht. Noch reifte nicht die Menschheit zu dieser Erkenntnis. Die Vorbedingungen fehlten auch. Kampf beherrschte die Erde und nur durch Eroberung, Krieg und Raubzüge errangen sich die alten Kulturvölker ihre bevorzugte Stellung.

Immer mächtiger setzte die aufstrebende Bewegung der Unterdrückten ein. In jahrhundertelangen Kämpfen errang sich die Kirche die Vorherrschaft. Wohl war der Heiland kein Kämpfer sondern ein Dulder, aber gleichwohl entwickelte sich die Kirchenmacht im Kampfe mit den weltlichen Herrschern. Bald hatte sie „Länder und Völker gefressen.“ und stand im finstern Mittelalter auf höchster Höhe.

War die Menschheit, war wenigstens die Christenheit glücklich?

Mit nichten! Glaube und — Aberglaube beherrschte die Menschheit. Zwar verbreiterte sich die Kultur, aber wie viel blieb unberührt! Ein Teil des Volkes, das Bürgertum, die Handwerker lebten verhältnismäßig zufrieden. Aber die Bauern fronten in harter Leibeigenschaft, die Ritter plünderten die Kaufleute, die Landstraßen waren voll von „Gesindel“, das heißt voll ärmster Menschen, die nicht wußten, wo sie ihr Haupt hinlegen sollten, ähnlich dem Nazarener.

Und überall Kriege, nichts als Kriege! Klassenkämpfe!

Eine neue Entwicklungsstufe setzt ein. Nach den großen Entdeckungen folgen die mannigfaltigen Erfindungen. Die Aufklärung zieht breitere Bahnen. Das bedrückte Volk widersteht sich den Peinigern. Mit der großen französischen Revolution 1793 kommt das neue Heil: Die Verkündigung der Menschenrechte!

Nun rücken die Nebel. Es wird lichter in der Menschheitsgeschichte. Das Bürgertum erringt den Sieg über den Adel im Klassenkampfe! Nicht überall und nicht vollständig. Noch heute ragen in deutschen Kulturlande die Privilegien der Adelskaste weit sichtbar hervor. Aber sie bröckeln und schwinden doch allmählich.

Mit dem Siege des Bürgertums hält der Kapitalismus schneller seinen Einzug. Das Verlagsystem und die Manufaktur heben die alten Handwerkerprivilegien auf. Die Zahl der „unselbständigen“ Arbeiter steigert sich, ungeheuer beschleunigt durch den Einzug der Maschine.

Wir leben im Maschinenzeitalter. Wo sind die Verheißungen der großen Männer früherer Kulturepochen, die sagten, wenn das Webeschiffchen von selber hin und wider fliegt, wird das goldene Zeitalter der Menschheit anbrechen?

Gemach! Die Maschine ist ein neues Heil für die Menschen. Sie hilft die Kultur ins Ungemessene verbreitern. Aber sie ist nicht Eigentum aller, sondern einzelner Privilegierter! Für den Arbeiter ist sie oftmals die bitterste Konkurrenz seiner Arbeitskraft.

Und doch hat sie große Revolutionen im Gefolge. Die Menschheit wird in die Städte getrieben. Die Industrien entwickeln sich. Ungeahnter Reichtum erwächst dem Unternehmer. Millionen von Kulturgütern, Nahrung, Kleidung erzeugt die Maschine bis zum Ueberfluß. Ist sie aber das neue Heil?

Noch ist sie's nur im geringen Umfange. Noch stiftet sie Anheil und Heil zu gleicher Zeit. Doch mit dem fortschreitenden Kapitalismus wächst die Zahl der Anzusiedenen, der Bedrückten, der Schwachen, der Arbeiter. Sie werden sich ihrer Lage bewußt, sie erwachen!

Eine neue Forderung klingt millionenfältig in allen Kulturländern wider: Erlösung aus dem Joche des Kapitalismus! Freie Entwicklung der Menschheit! Fort auch mit den kapitalistischen Privilegien!

O, die neue Erkenntnis, die Erlösung durch den Sozialismus ist im Werden begriffen trotz aller künstlichen Schranken, die von den herrschenden Gewalten aufgerichtet sind. Die Schule lehrt uns eine blutgetränkte vaterländische Geschichte voller Helden, deren Taten uns ein Greuel sein müßten! Die Kirche predigt liebevollerisch Unterwürfigkeit und Demut vor den Gewaltigen dieser Erde.

Aber wie Spreu vor dem Winde, wie Schnee schmilzt vor der Mittagssonne, also schwinden diese Irrlehren vor der menschlichen Erkenntnis. Das tägliche Leben lehrt uns die Wahrheit und Notwendigkeit des Sozialismus.

Sozialismus, das heißt Gemeinschaftsleben, ist die notwendige Konsequenz unserer hoch entwickelten Kultur! Allen Menschen diese Kultur zugänglich zu machen, es ihnen zu ermöglichen, teilzunehmen an all den herrlichen Errungenschaften unserer Zeit, dafür kämpfen wir.

Das bedeutet für uns die Erlösung der Menschheit!

In bangem Zweifel wird nun mancher fragen: Wann winkt uns dieses Ziel? Werden wir's erleben?

Draußen stürmt und schneit es und rauhe Winde rasen über die Lande. Wer will da Frühling und Sonnenschein erwarten? Und doch hat sich unser Gestirn in diesen Tagen gewendet, die Sonne siegt über den kalten Gesellen, und feiern wir nicht das Fest der Winter Sonnenwende, das Fest der Erlösung?

So geht's auch im Kulturleben der Völker! Noch stürmt's und treibt's, aber der Gedanke des Sozialismus erhebt siegreich sein Haupt, und in allen Kulturländern sind die Organisationen eifrig an der Arbeit, diesen Gedanken zur Tat reifen zu lassen.

Wer kann länger sagen, er zweifelt? Erleben wir's nicht täglich, wie die Aufklärung die Menschen erfasst, wie die Macht und der Einfluß der Arbeiterklasse neue Ausblicke bieten und uns gute Erfolge bringen?

Ein jeder möge seine beste Kraft einsetzen, um den Gang der Entwicklung zu beschleunigen. Die Richtung ist vorgezeichnet, der Weg geebnet, das Ziel winkt!

Darum singen auch wir mit ganzem Herzen und mit ganzer Zuversicht: „O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit!“

Teuerung und Stadtverwaltung.

Wenn die städtischen Arbeiter an ihre Arbeitgeber, die Stadtverwaltungen, das Ersuchen um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen richten, hält man ihre Forderungen vielfach für nicht genügend begründet. Der Lohn soll in der Regel ausreichend, ja gut sein. Gegenteilige Behauptungen werden als „Gebe“ erklärt, bestimmt, die städtischen Arbeiter unzufrieden zu machen usw.

Diese Behauptungen gebraucht man aber nur, um die wahren Gründe für die Ablehnungen nicht sagen zu müssen. Das Interesse der besitzenden Kreise will man bei den Ablehnungen wahren. Außerordentliche Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter könnten eben allzu leicht die Arbeiter der Privatindustrie begehrt machen. Da aber ein solches Verhalten höchst unsozial ist, greift man zu den obigen Ausreden und leugnet jeden Notstand bei der städtischen Arbeitern ab.

Tatsachen sind jedoch stärker als Menschenwille. Den gesetzgeberischen Maßnahmen des Reiches sowohl wie den Wünschen einzelner Interessengruppen gegenüber kann man sich trotz allen Sträubens nicht verhalten. Die Fülle auf Nahrungsmittel, die Absperrung der Grenzen für ausländisches Vieh und die künstliche Hochhaltung der Preise durch die Interessengruppen der Landwirtschaft zwingen auch viele Stadtverwaltungen, die Dinge zu beachten. Man macht Eingaben an die Reichsregierung um Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh usw. Wohl mag manche dieser Petitionen mit Widerwillen gemacht worden sein, weil man der Volkstimmung Rechnung tragen mußte. Aber man hat es doch getan und hat die Eingaben auch begründet. Sehr richtig ist darin in der Regel gesagt, die heillosen Bevölkerung leide schwer unter der Preissteigerung, hauptsächlich des Fleisches; eine Unterstützung greife Platz usw., die für Kommune und Staat verschiedene nachteilige Folgen haben müsse usw.

Unsere Kollegen führen dem Sinne nach dieselben Gründe an, wenn sie an ihre Stadtverwaltungen Forderungen um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen stellen. Die Löhne der städtischen Arbeiter gehören vielfach mit zu den niedrigsten, die an den diversen Orten jeweils gezahlt werden. Die städtischen Arbeiter haben die kleinste Einkommen und es trifft auf sie hauptsächlich zu, was die Stadtverwaltungen an Gründen für Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh angegeben haben. In Konsequenz dieser Gründe müßte eine Aufbesserung der Löhne der städtischen Arbeiter als ganz selbstverständlich erscheinen. Wenn eine Stadtverwaltung weiß, daß durch Preissteigerung der täglichen Bedürfnisse Unterernährung eintritt, so hat sie doch mindestens die Pflicht, diesem Uebelstande bei ihren eigenen Angestellten durch Lohnaufbesserung zu begegnen. Aber das soll die Sache mit einmal ganz anders sein! Die Lage der städtischen Arbeiter ist gut, nur Außenstehende haben sie „verbeßt“ usw. Mit demselben Rechte könnte die Reichsregierung den Stadtverwaltungen denselben Vorwurf machen, sie verbeßten mit ihren Petitionen die städtischen Bürger und Einwohner!

Der ungewirkelt bestehende Widerspruch in dem Verhalten mancher Stadtverwaltungen findet seine Erklärung darin: Bei der zunehmenden Lebensmittelteuerung mußte etwas geschehen. Man verhandelt sich zu den bekannten Petitionen an die Regierung, weil ja nicht städtische Unternehmer und Grundbesitzer, sondern die deutschen Junker eventuell die Kosten der Forderung zu tragen gehabt hätten. Anders aber, wenn städtische Arbeiter fordern, die Stadtverwaltungen sollen ihre eigene Theorie in die Praxis umsetzen, da sind die städtischen Nachbaber die Leidtragenden und da ist die Geschichte mit einmal nicht mehr so ab! Die Stadtverwaltungen sind eben Interessensvertretungen der besitzenden Klassen und der nackte Egoismus ist für sie entscheidend. Ausnahmen befähigen auch hier die Regel. Konserervative Stadtverwaltungen geben dies auch mehr oder weniger offen zu, dagegen bestreiten es entschieden die „Liberalen“.

Die Verleugnung der liberalen Grundsätze wäre nun nicht das schlimmste, wenn die städtischen Arbeiter die Zusammenhänge immer richtig erkennen und ihre Konsequenzen daraus ziehen würden. Lohnaufbesserungen städtischer Arbeiter sind eben keineswegs die Folge von Wohlwollen den Arbeitern gegenüber, sondern sie müssen erkämpft werden!

Alle Verbesserungen der Lage der städtischen Arbeiter auf die Macht ihrer Organisation zurückzuführen. Wo der Arbeiter diese Minderwertigkeit nicht begreift, sich nicht organisiert, wird er auch mit seinen Forderungen abgewiesen werden!

Die Straßburger Arbeitsordnung.

II.

Nun zum wichtigsten Punkt des Arbeitsverhältnisses: dem Arbeitslohn. § 24 sagt: Die Höhe des den einzelnen Arbeitern zustehenden Lohnes ergibt sich aus der Lohn tafel für die städtischen Arbeiter. Diese enthält in ihrer ersten Heberfahrt die Löhne der im ersten Dienstjahr stehenden männlichen Arbeiter (Grundlöhne); in der zweiten die Aufbesserungen, die den Arbeitern nach Aufgabe ihres Dienstalters gewährt werden. Nach § 25: Die Sätze der Lohn tafel gelten für vollwertfähige männliche Arbeiter. Verheiratete Arbeiter erhalten einen Zuschlag von 5 Proz. Arbeiter mit größerer Familie Zuschläge von 10 Proz., 15 Proz. oder 20 Proz. des Grundlohnes, je nachdem sie für nicht mehr als 3, mehr als 5 oder mehr als 7 Kinder unter 16 Jahren zu sorgen haben.“ Es würde zu weit führen, wollten wir alle 11 Grundlohnklassen einzeln auflisten. Es möge genügen, wenn wir unseren Standpunkt dahin präzisieren, daß wir die Zahl der Klassen als unstrittig zu hoch betrachten. Auch die Stadtverwaltung gab dies zu und als unsere Eingabe um Lohnerhöhung vom November v. J. im Frühjahr behandelt wurde, suchte man eine Verringerung der Klassen zu erreichen. Da die Stadtverwaltung indes diese Verringerung durch Herabdrücken der oberen Klassen zu erreichen suchte, während die Vertreter der Arbeiter die Erhöhung der unteren Klassen anstrebten, so war das Resultat kein besonders günstiges. Immerhin wird eine Reduzierung von 14 auf 12 Klassen eintreten.

Die Höhe der Grundlöhne ist außerordentlich niedrig. Sie werden auch nach der vorausgesetzlichen Annahme des ausgeschalteten Tarifes, namentlich in den unteren Klassen, äußerst unzulänglich sein. Z. B. Straßenreiniger, Promenadenwächter, Gehrichtlader, Tagelöhner im Wasserwert, Schlachthof und Hafen 2,00 (vorgezogen 3,20 M.), Straßenarbeiter 3 M. (vorgezogen 3,30 M.); Straßenstrenger, Dohlenreinigungsarbeiter 3,10 (vorgezogen 3,40); Gärtners Gehülfe 3,20 (3,50), Gärtner 3,40 (3,70) u. s. f.

Nun hat die Stadtverwaltung selbst in den Entwürfen zur Arbeitsordnung 1906 zugegeben: „daß die Stadt glaubt, auch über das Maß der Leistungen hinausgehen zu sollen, das selbst gute Arbeitgeber zu gewöhnen pflegen.“ Ferner: „Regelmäßigkeit des Einkommens war die erste Forderung, die im Sinne moderner Sozialpolitik an die städtischen Löhne zu stellen war, ausreichende Höhe der Bezüge ist die andere.“ Trotzdem wurden die ungenügenden Sätze beschlossen, um die Stadtkasse auf einmal nicht zu schwer zu belasten. Die Preise für die Lebensbedürfnisse stiegen 1906 ganz enorm, die Lage der Arbeiter wurde immer schlimmer. Die Eingabe um Lohnerhöhung wurde im November eingereicht, aber trotzdem die Verwaltung die Verbesserungsbefähigung der Löhne anerkannte, trat am 1. April keine Lohnerhöhung ein, was beargwöhnlichende große Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft verursachte. Ganz besonders erbitternd mußte hierbei naturgemäß wirken, daß der jetzige Herr Bürgermeister Dr. Schwan der die Entwürfe mit obigen Grundsätzen seinerzeit noch als Vorgesetzter ausgearbeitet hatte, während gerade unter seiner Amtsführung im letzten Winter veräußert worden war, die nötigen Mittel für die Lohnerhöhungen ins Hauptbudget einzuflechten, so daß dieselben nicht realisiert werden konnten. Die Lohnverhältnisse stehen deshalb gegenwärtig auf dem denkbar schlechtesten Niveau.

Für schmutzige oder schwere Arbeit oder wenn ein Arbeiter vorübergehend an einer entfernteren Arbeitsstätte arbeitet, so sind ihm für diese Zeit Zuschläge bis zu 50 Pf. pro Tag zu bewilligen. Auch diese Bestimmung lautet zwar schön, hat aber nur geringen Wert, da z. B. nicht einmal Sonntagzulagen an Dohlenreiniger bewilligt werden. Den mit Mehrereimigen beschäftigten Arbeitern beim Wasserwert werden sogar Abzüge gegen früher gemacht, indem ihnen nur 50 Pf. statt 1,50 M. gegen früher gewährt werden. Auch die Entfernungszulagen lassen zu wünschen übrig, da sie gering sind und häufig genug entweder gar nicht oder erst nach langen Reklamationen gewährt werden.

Die §§ 33—36 regeln die besonderen Vergünstigungen, Feiertagszahlung, Gewährung der Differenz zwischen Straßengeld und Lohn und bei militärischen Übungen, sowie Urlaub, gegen die nichts einzuwenden ist, mit Ausnahme des letzteren. Urlaub werden 1, 6 und 8 Tage gewährt nach 3, 5 und 10 Dienstjahren. Vertrags sind 3, 6, 9 und 12 Tage nach 1, 4, 7 und 10jähriger Dienstzeit. Da die gegenwärtige Regelung sehr ungenügend ist, das Vorgesetzteramt auch den Gastkontrolleuren einen weitgehenden Urlaub vermittelt hat, so ist anzunehmen, daß dasselbe auch dem Wunsch der städtischen Arbeiter in dieser Beziehung wohlwollend gegenüber stehen wird.

Die §§ 37, 38, 39 enthalten die Regelung der Verhältnisse der Stadtarbeiter, d. h. derjenigen Arbeiter, die zehn Jahre im Dienst sind und dadurch Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung erwerben. Auch gegen diese ist nichts einzuwenden, vielmehr dürften dieselben anderen Stadtverwaltungen zur Nachahmung empfohlen werden.

§ 40 lautet: Das Arbeitsverhältnis kann von beiden Seiten, falls in den Arbeitsordnungen der einzelnen Betriebe nichts anderes festgelegt ist, während des

ersten Monats nach der Annahme am Ende jeden Arbeitstages, von da ab nur mit Mägiger Kündigung gelöst werden. Nach Ablauf des ersten Dienstjahres wird die Verwaltung zugunsten des Arbeiters im allgemeinen eine vierwöchige Kündigungsfrist einhalten, während diesem das Recht Mägiger Kündigung verbleibt." Leider ist auch diese Bestimmung dadurch verächtlich geworden, daß laut Arbeitsordnung für die Arbeiter der Straßenreinigung, den weitest aus nächster Betrieb, ausnahmsweise eine achtstägige Kündigung bestimmt wurde. Warum diese Arbeiter bei jeder Gelegenheit als Arbeiter zweiter Güte behandelt werden, ist nicht recht einzusehen; das Betriebsinteresse allein sollte doch immer ausschlaggebend sein.

In § 46 ist ein Unterstützungsfonds vorzusehen, mit dem wir uns in einem besonderen Artikel beschäftigen müssen.

§ 47 regelt die Arbeiterausschüsse. Die Forderung von Arbeiterausschüssen ist eine unserer Programmforderungen, und wenn dieselben auch beinahe durchweg lange nicht den gehagten Erwartungen entsprochen haben, so haben wir zum Beispiel in Straßburg doch noch lange keine Veranlassung, dieselben als wertlos zu bezeichnen. Aber reorganisiert müssen dieselben hier werden. Zunächst ist es absolut unnötig und ungewinnlich, daß hier drei Ausschüsse bestehen. Ein Ausschuß genügt vollkommen. Der Gesichtskreis der einzelnen Vertreter wird bedeutend erweitert, wenn nur ein Ausschuß besteht. Da der Abfuhrbetrieb sowieso in nicht zu ferner Zeit eingehen wird, kann der dortige Ausschuß ruhig aufgehoben werden, und bei der bisherigen Haltung des Arbeiterausschusses des Stadtbauamts kann mit Sicherheit angenommen werden, daß auch die Interessen der Mollagen des Hafens, des Wasserwerks und des Schlachthofs von demselben ebenso gut gewahrt werden wie von dem bisherigen Ausschuß für diese Betriebe. Gleichzeitig wird aber auch eine schreiende Mangelhaftigkeit beseitigt. Bei Plenarsitzungen der drei Ausschüsse (Gesamtwertung der Arbeiterkraft) war 3, 4 der Abfuhrbetriebe mit etwa 40 Arbeitern durch seinen Arbeiterausschuß mit 5 Stimmen vertreten, der Hafen mit 36 Mann hatte 2 Vertreter, Schlachthaus mit 21 Mann 2 Vertreter, Wasserwerk mit 16 Mann 2 Vertreter, während die Straßenreinigung und Mehrschichtfabrik mit etwa 220 Arbeitern je 1 Vertreter, der Straßenunterhalt mit etwa 125 Arbeitern auch nur 2 Vertreter besaßen.

Dann aber ist auch Wahlrecht und Wahlbarkeit gegenwärtig äußerst beschränkt. Wahlberechtigt ist jeder volljährige Arbeiter erst nach einjähriger Dienstzeit. Der wählbare Arbeiter muß 30 Jahre alt und mindestens 3 Jahre im Betrieb sein. Diese gewaltigen Einschränkungen müssen beseitigt werden, soll der Arbeiterausschuß einmal die Gesamtheit der Arbeiterkraft präsentieren und zum anderen in der Lage sein, die Geschäfte in wünschenswerter Weise zu erledigen. Ein Beispiel: Im letzten halben Jahr ist es wiederholt vorgekommen, daß Arbeiterausschüßsitzungen 3-4 Stunden und noch länger dauerten, ohne daß die Tagesordnung überläßt gewesen wäre. Eine nun bezweifeln zu wollen, daß die gegenwärtigen Vertreter nach bestem Wissen und Gewissen ratschlagen, muß doch zweifellos zugestanden werden, daß bei einer größeren Auswahl unter den Wählbaren vielleicht Kräfte finden, die die vorliegenden Aufgaben in kürzerer, prägnanterer Form zu erledigen in der Lage sind. Und nun noch ein äußerst wichtiges Moment. Den Arbeiterausschüßsitzungen wohnen laut Statut der Stadtbaurat oder in seinem Auftrag ein oder mehrere höhere Beamte mit beratender Stimme bei. In geeigneten Fällen wird auch das Bürgermeisteramt einen Vertreter entsenden. Letzteres findet beinahe ausnahmslos statt und hat sich auch bewährt, da die Geschäfte dadurch bedeutend beschleunigt wurden. Nun müssen wir uns aber auf den Standpunkt stellen, daß ebenso wie die Stadtverwaltung auch die Organisation im Arbeiterausschuß vertreten sein muß. Dadurch ist eine noch ganz bedeutendere Vereinfachung der Geschäfte möglich. Denn, wenn auch der Arbeiterausschuß stets aus organisierten Arbeitern zusammengesetzt sein wird, so sind dieselben doch nicht in der Lage, bei verschiedenen Angelegenheiten, zu denen der Vertreter der Stadtgemeinde vielleicht eine unvorhergesehene Erklärung abgibt, endgültig Ja und Amen zu sagen, da sie nicht wissen, ob die Organisation, die den größten Teil ihrer Wählerkraft repräsentiert, damit einverstanden ist. Anders ist dies, wenn die Organisationsleitung Gelegenheit hat, ihre Meinung im Arbeiterausschuß zur Geltung zu bringen, so daß Arbeiterausschuß und Verwaltungsleitung gemeinsam die Verantwortung für die gesagten Beschlüsse vor der Arbeiterkraft zu tragen haben.

Aber auch vom Standpunkt der Parität, sowie der ungeschätzten Anerkennung des Mediationsrechts aus, dürfen wir annehmen, daß die Stadtverwaltung die Organisation der Arbeiter anerkennt, da dies die logische Folge des letzteren ist. Wohl heißt § 41 Abs. 7 der Arbeitsordnung: "Politische oder gewerkschaftliche Betätigung an sich ist weder Entlassungs-, noch Kündigungsgrund." Auch hat Herr Polizeidirektor Dr. Leonow auf dem evangelischen sozialen Kongreß sich dahin ausgesprochen, daß die Stadtverwaltung die Organisation anerkennt und mit ihr verhandelt, auch hat der Bürgermeisteramt tatsächlich mit dem Gewerkschaften die verschiedenen Arbeiterwünsche, namentlich die Lohnerböhung behandelt. Eine formelle Anerkennung war indessen nicht vorhanden und der Vertreter der Organisation mußte also damit rechnen, daß das Bürger-

meisteramt sich von den Verhandlungen zurückziehen werde, sobald sich Meinungsverschiedenheiten ergeben würden. Dies ist auch tatsächlich eingetroffen. Die Art der Behandlung der Lohnerböhung, zuerst die lange Verzögerung und endlich die Ablehnung derselben für heuer in der Kommission sowie in der Gemeinderatsitzung vom 24. Juli erzeugte eine Empörung unter der Arbeiterkraft, die sich in öffentlichen Versammlungen und Flugblättern spontan Luft schaffte. Das hat augenscheinlich auf dem Bürgermeisteramt unangenehm berührt und zur Einstellung direkter Verhandlungen geführt. Das Bürgermeisteramt fühlt sich beleidigt dadurch, daß gekommen ist, was naturgemäß kommen mußte. Eine Organisation von der Stadtverwaltung Gnaden durfte dieselbe doch wohl in uns nicht erblicken, das waren wie nie und werden es nie sein. Wir meinen, mindestens ebensoviel Grund und Ursache, mit dem Verlauf der Lohnbewegung unzufrieden zu sein, haben die Straßburger hädlichen Arbeiter. Das Bürgermeisteramt hat die Verbesserungsbereitschaft der Löhne anerkannt, und wenn trotzdem die hierfür nötigen Mittel erst auf dem Ergänzungsbudget statt auf dem Hauptbudget untergebracht werden sollten, so ist das zweifellos ohne ein Verstummen, an dem die Organisationsleitung und die Arbeiterkraft nicht beteiligt ist. Mit dem gleichen Recht wie das Bürgermeisteramt könnte sich die Organisationsleitung beleidigt fühlen, die durch das obige Verstummen des Bürgermeisteramts in erster Linie in eine unangenehme Situation kommen mußte. Gerade um solchen unerwünschten Situationen vorzubeugen, halten wir eine regelrechte Anerkennung der Organisation für durchaus nötig, da es bei gegenseitiger freier Aussprache weit weniger vorkommen wird, daß sich eine solche Erweiterung anfannt.

Sache unserer Kollegen aber muß es sein, durch unerwünschten Ausbau und jedes Festhalten an der Organisation dafür zu sorgen, daß die vorstehend angeführten Mängel verschwinden und unsere Anträge berücksichtigt werden.

H. P.

Zur Bewegung unter den bayerischen Waldarbeitern.

Die höchsten Stufen des Kapitalismus beginnen bereits zu wanken. Das Oer der forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter, von denen Größt- mander gar keine Vorkellung hat, durchzittert bereits der Organisationsgedanke. Jahrzehntelang gesunden und ausgebeutet, beginnen nun auch diese Massen mit den ersten Gehversuchen, um aus ihrer Rechtlosigkeit herauszukommen. Und man darf wohl im eigenen Interesse dieser Arbeiter annehmen, daß sie in ihren Organisationsbestrebungen — wenn auch vielleicht erst nach einigen Versähten — beim großen Oer der in den freien Organisationen zusammengescharten Arbeiter landen werden.

Ganz verllußt folgt die bürgerliche Gesellschaft diesem Beispiel; sie weiß, daß die forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter, sind sie erst einmal vom Organisationsfieber erfaßt, ganz entschieden gegen die weitere Ausbeutung front machen werden. Man sinnt deshalb, wie es möglich wäre, sich diese willigen, billigen Arbeiterkräfte auch für die Zukunft zu sichern.

Die einen erwarten die Wirkung von der „drüßlichen“ Organisation, indem sie — in richtiger Würdigung vorliegender Tatsachen — annehmen, daß damit die ganze Bewegung in die „Wüste“ geleitet werden könnte und der Geldbeutel des Staates und der Herren Großagrarier gesichert bliebe; hingegen die anderen behaupten wiederum, daß es äußerst gefährlich sei, den Organisationsgedanken erst durch die Propagierung der drüßlichen Gewerkschaften (Christlicher Hilfs- und Transportarbeiterverband) zu fördern; denn seien diese Arbeiter erst einmal davon erfaßt, so werden sie auch sehr bald die Machtlosigkeit der drüßlichen Gewerkschaften erkennen und infolgedessen über kurz oder lang zu den freien Gewerkschaften flühen. Die Erfahrung hat eben diesen Leuten bereits gelehrt, daß die drüßlichen Gewerkschaften als Palladiumsmitteln eben nur eine Zeitlang leben.

Seitig lobt der Staat um diese beiden Fragen, und man ist sich in landwirtschaftlichen Kreisen bereits bedeutend in die Haare geraten. Zu besonders scharfen Auseinandersetzungen kam es zwischen dem sogenannten Bauerndoktor, dem Reichs- und Landeskoordinierten Dr. Heim (Zentrum), der für die drüßlichen Organisationen eine lange Uridi, und dem Regierungspräsidenten von Niederbayern, Arhen v. Adrian Wernburg, wobei letzterer auf einen Dieb des Bauerndoktors lediglich mit den Worten „Wer Fisch argweilt, behaltet sich“ prälierte. Von einem Regierungspräsidenten eine so unheilvoll beantwortete Vorfrage. Bei all diesen Streitigkeiten dreht es sich aber nicht etwa darum, den Arbeitern bessere Verhältnisse zu schaffen, sondern man will die alten Zustände aufrecht erhalten.

Dehalb gilt es für diese Arbeiter, weichen sie die Waldarbeiter, die Augen offen zu halten und in ihrem eigenen Interesse die drüßlichen Organisationen abzuschütteln und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Mögen auch jetzt hier in Bayern alle Maßnahme, Gesetze, Beamte nicht zu verzeihen des Reichsverbandspräsidenten Herrn Reichspräsidenten Kainzer sowie des liberalen katholischen Bfarrers Wernburg — mögen sie alle zusammenhalten, der freien Arbeiterbewegung werden sie keinen Schaden anrichten können. Wohl mag es sein, daß sich da und dort eine Gruppe wehrt, aber wenn diese Leute erst aufgestellt

werden, so müssen sie unweigerlich zu den freien Gewerkschaften stoßen. Daß es so kommt, dafür bürgt uns der gesunde Sinn der Waldarbeiter; es kann sich also nur um eine kleine Zeitdifferenz handeln.

Von den in den staatlichen Forsten beschäftigten Waldarbeitern ist bereits eine große Zahl zum Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter getreten, wie überhaupt diese Organisation sich sehr schnell die Sympathie der Waldarbeiter erworben hat.

Wirklich drollig ist es auch, wenn von Seiten der bürgerlichen Parteien, speziell des Zentrums, der Glauben bestehen kann, daß sich die staatlichen Waldarbeiter auf die Dauer dem christlichen „Hülfs- und Transportarbeiterverbände“ anschließen würden. Wo dies geschehen könnte, da war nur die Unwissenheit der Leute die Ursache; denn der mit dem Zentrum so eng liierte christliche Verband der Hülfs- und Transportarbeiter bedeutet für die Waldarbeiter nichts anderes als den Wolf im Schafspelz. Jahrzehntlang hat das Zentrum diese Arbeiter in Not und Elend schmachten lassen, nun sie erwacht sind, heißt man mit Hülfe des christlichen Verbandes die Arbeiter nochmals vertrauen und in einen hundertjährigen Sack zu packen zu können. Diese Meinung wird aber durch die freie Organisation zunichte gemacht werden. Und wenn in dieser Finanzperiode wirtlich 21 Millionen Mark für die Aufbesserung der staatlichen Arbeiter eingesetzt werden, so ist dies die erste Konzession, die man den Staatsarbeitern aus Furcht vor der Ausdehnung der freien Gewerkschaften macht, und womit man die staatlichen Arbeiter zurückzuhalten glaubt. Was aber wird sich zeigen, daß der Liebe Müß' am ein Funst' war. Auch die Waldarbeiter werden sehr bald erfahren, daß, hätten sich nicht die freien Gewerkschaften um die Interessen der staatlichen Arbeiter gekümmert, es weder dem Landtagszentrum, noch den christlichen Gewerkschaften eingefallen wäre, etwas nach dieser Richtung hin zu unternehmen.

Tatsachen beweisen. Eden im letzten Landtage mußte die Lohnerhöhung allen Staatsarbeitern ohne Unterschied gewährt werden. Im 10. Ausschuß haben sowohl bancnbündlerische, als auch Zentrumsabgeordnete (z. B. Zott, Schesched usw.) verlangt, die Freilandarbeiter und die in staatlichen Forsten und Staatsbetrieben der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter von der Lohnerhöhung und allen anderen Vorteilen auszuschließen. Die Zentrums-Arbeitervertreter Schwald (Vorsitz) des christlichen Verbandes, Schwarz und Schirmer haben keinen Versuch gemacht, den Forst- und Freilandarbeitern die Lohnerhöhung zu sichern; nur die Sozialdemokraten im Ausschuß sind mit aller Energie für die Lohnerhöhung der Wald- und Freilandarbeiter eingetreten. Das Zentrum ließ sich von der Notwendigkeit der Lohnerhöhung nicht überzeugen, sondern es lebte die Sache ab. Und dabei war der Vorstand des christlichen Verbandes, Landtagsabgeordneter Schwald auch noch Referent über das Lohnregulativ. Das mögen sich die Waldarbeiter hinter die Ohren schreiben. Pflicht aller in den Staatsforsten tätigen Arbeiter ist es, sich der freien Organisation anzuschließen. Nur so werden sie aus erbitterter Feind kommen.

F. S.

Schnee.

So weit ich seh,
Die Welt im Schnee!
Weiß Moorbruch und Torf,
Weiß, Weiler und Dorf,
Weiß, weiß ringsum.
Alle Lande stumm,
Kein Schrei, kein Ruf,
Kein Mad, kein Qu.
Die Turmuhr sogar,
Im Felztalar
Von Schnee, bricht knapp
Den Nachklang ab,
Als wolle sie all das Schweigen
In ganzer Größe zeigen.
O Frieden, o Stille, wie ruht
Die Welt in eurer Gut
So rein! So weiß!
Ein schlummernder Kreis.

Tor, wer dem Frieden traut!
Wir grant:
Ich hab' entdeckt,
Was unter der schweigenden Hülle
Verberzt gegen Trost steht

Und schneidenden Ost
Die Türen dacht,
Die Fenster verpielt,
Am ärmlichen Herde zusammen-
Und die Mlage verchlunet. Igerndt,
Die in heißen Tagen so lähn
Von Himmel gestrien,
So hält sich das Elend im kalten West
Vor dem läteren draußen
zusammengepreßt
Und zittert gleich einem nassen
Gunde
In mitternächtiger Nordwind-
funde;
Mein Schinder trieb ihn hinaus
In den weißen Graus.
So duckt sich unter dem sauce-
weißen Quat
Das Herz, als sälies es am
Quastalt:
Nach waken der schweigenden
Weisheit Schnee.
Aber drinnen das frostelnnde,
hungernde Web-
u. Stigen.

An einem Bürgermeisterwort soll man nicht drehen und deuteln!

Als im Juli vorigen Jahres in Breslau die neuerschaffenen Arbeiterauschüsse für die städtischen Arbeiter in Funktion traten, eröffnete sie der Oberbürgermeister Dr. Wender mit einer Ansprache. Er betonte dabei, wie auch früher, daß er an sich nichts gegen die Zugehörigkeit der städtischen Arbeiter zum Gemeindearbeiter-Verbande einzuwenden habe, nur solche man nicht mit Lügen aufzuregen. (Was allerdings auch bisher gar nicht geschehen war.) So sprach der Oberbürgermeister. Alle Ausschussvertreter -- im ganzen 70 Mann -- und alle beteiligten Verwaltungschefs hörten seine Worte. Gaben sie aber danach gehandelt? Nun, wir wollen heute wieder einmal an der Hand der Tatsachen beweisen, wie die unteren Verwaltungsbehörden die Worte ihres höchsten Vorgesetzten verstanden!

Vor etwa 2 Wochen verteilte ein Beauftragter des Gemeindearbeiter-Verbandes am Marzall in der Wehnergasse Einladungs-ettel zu einer Betriebsbesprechung. Ein Aufseher kam daraufhin aus dem Marzall heraus und verwel es dem Eettelverteiler. Natürlich ließ sich der Mann nicht irren machen und härtete den Aufseher über die Benützung öffentlicher Straßen durch die städtischen Bürger auf. Darauf ließ der Marzallinspektor nach der nächsten Polizeiwache telefonieren und ersuchte um Entfernung und Festnahme des bösen Eettelverteilers. Ein Schutzmann kam, prompt wie immer, und „schritt ein“. Aber o weh, es nützte nichts, der Mann hatte eine polizeiliche Erlaubniskarte zum Verteilen, und so war der Liebe Müß' umsonst. Die Marzallrenten, die im Geiste schon gehofft haben mochten, daß der Störenfried gefeuert abgeführt und auf der Wache „peinlich bestraft“ werden würde, hatten umsonst gehofft. Es gelangt das nichts mehr! Nur ein wenigstens zu retten, was zu retten war, nahm der Marzallinspektor, Herr Gebel, sich die Vertreter des Arbeiterauschusses vor und warnte sie väterlich vor allem Bösen. Besonders vor dem -- Verande. Hiemlich an derselben Stelle, von der aus der Oberbürgermeister erklärt hatte, daß er nichts gegen den Verband habe!

Aber nicht nur im Marzall kommt so was vor, sondern überall scheint von den Verwaltungschefs die Rede unseres Oberbürgermeisters verstanden zu sein. So z. B. am Schlacht- und Viehhof. Auch dort fanden Betriebsbesprechungen des Gemeindearbeiter-Verbandes in jüngster Zeit statt. Man hatte solches der Direktor wied erfahren, so ließ er sich einzelne Teilnehmer kommen und befragte sie über den Verlauf und Inhalt der Versammlungen. Besonders interessierte es Herrn Meck, diejenigen seiner Arbeiter kennen zu lernen, die dort gesprochen hatten oder dem Verband beigetreten waren. Warum wohl?

Auch der Direktor des städtischen Hafens, Herr Menzer, hat die Worte Herrn Wenders vergessen. Denn wie konnte es wohl sonst stimmen, daß auch er sich bei verschiedenen Hafenarbeitern erkundigte, wer und was in den Besprechungen geredet worden ist. Auch Herr Menzer ist sehr neugierig, wer Mitglied des Verbandes ist. Dabei konnte er es doch so leicht erfahren, er braucht ja nur die Besprechungen besuchen. Er ist sicher ein willkommenes Gast!

Für den Gemeindearbeiterverband besonders zu wirken bemüht ist aber der Direktor der Kanalisation, Herr Wagnowius. Der weiß überhaupt nichts von Herrn Wenders Worten, ja nicht einmal von den Rechten des Arbeiterauschusses. Denn wie konnte es sonst vollkommen, daß er die einzelnen Vertreter zu sich befehlt und ihnen Verhaltungen über ihre Freitretten im Ausschuß macht. Aber Herr Wagnowius tut noch mehr. Er stellt sich auch vor seine Leute und redet. Und wie redet er! Er sagt unter anderem, daß er es nicht zu verstehen vermöge, wie man sein Geld für den Verband geben könne, die Leute sollten es sich lieber sparen usw. Auch meinte Herr Wagnowius, daß er und nur er zu entscheiden habe, wer von den Kanalarbeitern mehr bekomme, niemand hätte dazwischen zu reden! Wirklich niemand, Herr Wagnowius? Nebenbei scheint Herr Wagnowius viel Zeit zu haben, denn auch in der Finnpilation redete er bald darauf.

Unsere Kollegen werden jedenfalls alles daran setzen, um diesen Hebergraben zu beseitigen und den Worten des Herrn Wender die nötige Beachtung erzwingen!

Kommunale Arbeiterpolitik in Essen a. R.

In Nr. 13, Jahrgang 1906 dieser Zeitschrift, veröffentlichten wir einen Bericht über eine ähnlichermaßen öffentliche Versammlung, in welcher unseren Kollegen Gaultier Schäfer 10 Minuten Zeit gelassen wurde, auf das weitläufige Gebiet der kommunalen Arbeiterpolitik, als auch auf die diebezugs-lichen Ausdrücken eines halben Tugend christlicher Referenten einzugehen. Unter anderem sagt er, daß der Gemeindearbeiterverband 11000 Mitglieder in Essen hat, lassen wurde, wenn man auch versuche, die städtischen Arbeiter von jeder weiteren Regierung

abzuhalten. Had so kam es. Derweil dem christlichen Verband die Mitglieder davonliefen, arbeiteten unsere Kollegen tapfer an dem Ausbau unserer unterdessen gegründeten Essener Zählstelle. Heute können wir mit Stolz konstatieren, daß die Arbeit nicht unfruchtbar geblieben wurde. Immer mehr bricht sich auch unter unseren Essener Kollegen der Gedanke Bahn, daß nur eine einheitliche auf moderner Grundlage beruhende Organisation der Träger einer gleichberechtigt bündigen Arbeiterpolitik sein kann. Hieraus ergibt sich für uns die Pflicht, einmal den Stand der kommunalen Arbeiterpolitik in Deutschlands bedeutendster Industriestadt zu feststellen.

In allen rheinisch-westfälischen Industriestädten läßt der Großkapitalismus einen entscheidenden Einfluß auf die kommunale Verwaltung aus. In Essen ist es die Monopolfirma Krupp, die im trauten Verein mit anderen Großfirmen sich in die Geschäfte der städtischen Verwaltung und Gesetzgebung teilt. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß man in reinsozialpolitisch nicht allzu eilig ist. Dennoch dient es der verstorbenen Überbürgermeister Zweigert, der auch in Arbeiterkreisen Ansehen genoss, für angebracht, ein wenig in Arbeiterpolitik zu machen. Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir behaupten, daß er es war, der veranlaßte, daß den städtischen Arbeitern, soweit sie zwei Jahre beschäftigt sind, der Lohn in Krankheitsfällen weiterbezahlt wird. Auch die Gewährung des Sommerurlaubs ist jedenfalls auf sein Konto zu setzen. Der Urlaub beträgt nach drei Dienstjahren 4 Tage, nach sieben Dienstjahren 6 Tage und nach zehn Dienstjahren 8 Tage. Nun bestehen hierüber als auch über die Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen keinerlei Satzungen oder Bestimmungen, so daß sich unter den Arbeitern das Gerücht verbreiten konnte, der Sommerurlaub als auch die Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen würden nicht mehr gewährt. Auch über die eingeführte Alters- und Hinterbliebeneversorgung bestehen keine Bestimmungen, wenigstens sind solche den Arbeitern nicht bekannt. Hier müßte vor allem Wandel geschaffen werden. Die Einführung bestimmter Satzungen, in welchen den Arbeitern u. a. ein Rechtsanspruch auf die in Rede stehenden Vergünstigungen zugesprochen werden müßte, erscheint uns als erstes und nächstes Gebot. Zu bemängeln ist weiter die Lohnzahlungsperiode. Die Arbeiter des Gas- und Wasserversorgung erhalten jeweils am 5. und 20. jeden Monats ihren Lohn ausbezahlt. Welche Schäden dieses System für die Arbeiter im Geschäft hat, braucht nicht gesagt zu werden. Hier müßte die acht-, zumindest aber die vierzehntägige Lohnperiode zur Einführung gelangen. Ferner wäre die Lohnzahlung mittels Lohnbüchsen zweckmäßig. Die Unterschriften der Lohnliste durch die Arbeiter nimmt zuviel Zeit in Anspruch. Besonders im Sommer opfern die Arbeiter ihre Zeit, ohne dafür entschädigt zu werden. Bis Schluß der Arbeitszeit muß der Arbeiter im Besitz seines Lohnes sein. Die Einführung von Lohnbüchsen hätte den weiteren Vorteil, daß die Arbeiter über die Höhe ihres Verdienstes im Klaren wären. Auch die Aufregung der auszahlenden Beamten würde auf ein Minimum beschränkt, und Schimpfwörter wie „Kassaweiber“ und „Merks“ würden nicht mehr in Gebrauch kommen. Eine allgemeine Arbeitsordnung fehlt. Die Arbeiter im Anlagenbau klagen mit Recht über mangelhaften Schutz gegen die Unbillen der Witterung. Schutzhelme müßten beschafft werden. Die Arbeitszeit ist durchgängig eine zehnstündige. Die Stöcher, Heizer und Kesselführer der Gasanstalt arbeiten im Dreischichtwechsel. Ein Mangel ist es, daß Heberstunden erst ab 10 Uhr abends mit 50 Proz. Zuschlag vergütet werden. Nur Sonntagstarbeiter werden anderthalb Schichten in Anspruch gebracht. Das betäubende Bild zeigt uns überhaupt die Lohnpolitik. Meine hohen Anfangsgehälter, keine Bestimmungen über Höhe und Steigerung des Lohnes, nichts von alledem ist vorhanden. Der Arbeiter ist hinsichtlich seines Lohnes, dessen Höhe ihm und seiner Familie sittliches und weltliches Wohlergehen bestimmt, ganz und gar der Gnade seiner Vorgesetzten ausgeliefert. Nur sehr wenige städtische Arbeiter dürfen sich bei Festschließung ihres Lohnes auf Beschlüssen berufen können. Daß diese Lohnpolitik schwere Gefahren für die Arbeiter in sich birgt, ist klar. Darum ist die Schaffung von Lohnstatuten nach dem Vorbild anderer Städte unerlässlich. Kamalich läßt auch die Höhe des Lohnes viel zu wünschen übrig. Genauer Feststellungen hierüber können in Ermangelung einer Lohnliste nicht erfolgen. Es sei nur gesagt, daß gekante Arbeiter Tagelöhne, die zwischen 1 Mk. bis 2,50 Mk. schwanken, beziehen, währenddem sich ungelernte Arbeiter mit 1,00 Mk. bis 1,50 Mk. begnügen müssen. Die höheren Löhne beziehen freilich nur wenige der Arbeiter, eben wie überall. Einen Ausgleich zwischen Lebenskosten und Entlohnung zu schaffen, dünkt uns als eine eifrige Notwendigkeit. Wollen wir die an geeigneten Stellen in Klug gebracht haben, so heißt es Dand ans Werk legen. Ohne die Initiative der Kollegen geht es nun einmal nicht. Wir haben aber das Vertrauen zu denselben, daß sie, dessen eingedenk, für weitere Stärkung des Verbandes Sorge tragen!

Theaterarbeiter in Freiburg i. Br.

Eine der schicksalhaftesten Kategorien von Arbeitern ist das leibliche Personal des Stadttheaters hier.

Lange, unregelmäßige Arbeitszeit, kurze Pausen, ungenügende Bezahlung, das sind so die hauptsächlichsten Mängel, die diesen geplagten Bühnenproletariaten tagtäglich bevorstehen.

Morgens 8 Uhr beginnt während der Saison die Arbeitszeit, dann geht's wie die wilde Jagd treppauf, treppab, auf den Schindboden, ins Magazin, auf die Bühne und umgekehrt. An ein Frühstück denkt niemand. Endlich ist es Mittag. Alles rennt zum Mittagsmahl, die Bühnenarbeiter aber schleppen im Schweige ihres Angesichts immer noch neue Dekorationsstücke herbei, damit die Probe um 12 oder 1 Uhr oder auch noch später zum glücklichen Ende gebracht werden kann. Manum reicht die Zeit, das Mittagessen brunterzuschlingen, trotzdem oft genug die Möglichkeit vorliegt, daß auch kaum abends noch eine Pause bleibt, um einige rauche Pöfen hinunterzubürzen. Oft genug kommt es vor, daß das Publikum den Mannsdarstellungen zuseht, während diejenigen, die zur Erzeugung dieser Munitivstoffe mit beitragen, halb aufgeweckt vor Anstrengung und Hunger die letzten Kräfte zusammennehmen, um keinen „Zwischenfall“ zu veranlassen, oder über die „Reinröcher“, „Ella von Peabont“, den „Liegenden Holländer“ plunze Wäse reihen, damit sie das Anrücken des Wagens nicht fröhen. Und des Tages dieser entlosten, 8½ Monate dauernden, Feinade vollständig ununterbrochenen Qual von Werktag, Sonntag, Feiertag à 12-14 Arbeitsstunden? Nichts von nichts geht auf! Wuh aufgeben!

Es kann ja auch gar nicht anders sein bei den horrenden Löhnen von 100, 110, 115-127 Mk. pro Monat.

Aber einer Stadtverwaltung unwürdig ist ein solcher Zustand. Dies haben auch die Freiburger Theaterarbeiter eingesehen und am 1. Oktober durch unsere Organisation dem Stadtrat folgende Wünsche unterbreitet, da niemand von selbst an eine Beseitigung dieser unbaltbaren Zustände denkt:

1. Die Satzungen über die Rechtsverhältnisse der Stadtarbeiter werden auch auf die Theaterarbeiter ausgedehnt.
2. Die Arbeitszeit beträgt: außerhalb der Spielzeit 8 Stunden; während der Spielzeit von morgens 8 bis abends zum Schluß der Vorstellung um 10 oder 11½ Uhr mit mindestens 3 Stunden Pausen. Arbeit über ¼ Stunde nach Schluß der Vorstellung wird als Heberzeitarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt.
3. Kindet außer einer Abends- auch eine Nachmittagsvorstellung statt, so wird eine Zulage von 150 Mk. gewährt.
4. Der Lohn beträgt für ständige Arbeiter 120 Mk., steigend jährlich um 5 Mk. bis 140 Mk.; für Anständige 110 Mk., steigend jährlich um 5 Mk. bis 130 Mk.; die bisherige Dienstzeit wird angerechnet.
5. Während der Spielzeit werden alle Monat jedem Arbeiter 3 freie Tage unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.
6. Nach Beendigung der Spielzeit werden jedem Arbeiter 6 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.
7. Die unständigen Arbeiter werden möglichst auch im Sommer beschäftigt.
8. Die Verträge werden stets am Schluß der ablaufenden Saison erneuert.

Man sieht, die Forderungen sind keineswegs übertrieben, und es liegt im Interesse der Stadtverwaltung und des künftlichen Publikums, daß sie zufriedene Arbeiter erhalten. Jedoch nicht erst am Schluß der Saison. Wie sagte doch der Fremde zu dem Arbeiter? Die Freiburger sind, schmeiß, ein sehr kunstfertiges Publikum! „Ja“, sagte der etwas gedehnt: Die Freiburger sind ein sehr hüneriges Munitivpublikum! Wöge der Stadtrat sorgen, daß dieser Doppelsinn verschwindet. H. B.

Christliche Stadtväter in Rülhauen.

Wie bereits in Nr. 41 der „Gewerkschaft“ berichtet, haben unsere Kollegen in Rülhauen das sehr zweifelhafte „Glad“, drei christliche Gewerkschaften als Stadtväter zu besteuern. Wie sehr dieselben von den Aufgaben der Arbeiterbewegung durchdrungen sind, haben wir in der erwähnten Kammer ebenfalls schon angemerkt, nämlich, indem sie in der Gemeinderatssitzung vom 20. Juni d. J. den Antrag des Genossen Emmel niederzulegen halfen, der die Mengelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter bezog. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich in der Gemeinderatssitzung vom 1. August, nur mit dem Unterschied, daß der gewählte Führer Fischer dem Bürgermeister direkt Vorwurf und den Antrag auf Vertagung stellte.

Am 25. Oktober wieder dasselbe Schauspiel. Wenn es sich eben darum dreht, den Arbeitern eine willkürliche Verbesserung zukommen zu lassen, dann drehen und wenden sich die Herren vom Zentrum, so gut und so lange es immer geht. Sogar die christlichen „Arbeiterführer“ scheuen sich nicht, ihre arbeitserföndliche Haltung offen zutage treten zu lassen.

Doch sie können auch anders, die Herren christlichen Gewerkschafter. Man glaube ja nicht, daß sie kein Herz hätten für die Notleidenden und Unterdrückten. War da vom Pfarramt der St. Adolphspfarrei der Antrag gestellt worden, für ihn und seine Witwe eine Wohnungsentschädigung von 1800 Mk. zu bewilligen. In der nämlichen Sitzung vom 1. August, in welcher der obige Herr Fischer den Antrag auf Vertagung unserer Lohnregelung stellte, wurde der Antrag behandelt und in Anbetracht des Umstandes abgelehnt, daß für die Stadt keine gesetzliche Verpflichtung zur Wohnungsentschädigung an die Witwe vorlag und die protestantischen Pfarrer mit Familie ebenfalls nur 1200 Mk. Wohnungsentchädigung haben. Abgelehnt gegen die Stimmen des Zentrums und der ihm angehörigen Gewerkschaftsdeputierten wurde deren Antrag auf Zahlung von 1800 Mk. Wohnungsentchädigung; beschlossen wobei dagegen 1200 Mk. zu bewilligen.

Der Pfarrer gab sich jedoch nicht damit zufrieden, sondern schickte einen Schreibbrief an den Gemeinderat, indem er letzterem förmlich auseinandersetzte, was eigentlich ein Pfarrer als Nachfolger des Mannes, der nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte, mindestens zu einer Wohnung braucht. Der Brief lautet wörtlich:

„Ich beehre mich, ergebenst mitzuteilen, daß ich auf die vom Gemeinderat beschlossene 1200 Mk. an Wohnungsentschädigung für Pfarrer und drei Witwe als durchaus ungenügend verzeichnen muß. I. Mit der Gründung der Pfarrei hat die Stadtgemeinde auch die Verpflichtung übernommen, der Geistlichkeit eine angemessene Wohnung anzuweisen. In der Meinung, daß dies geschehen sei, habe ich die mir bezeichnete Wohnung bezogen. II. Die geringsten Ansprüche, welche an eine dazu geeignete Wohnung gestellt werden können, sind: 1. ein Eiskochbrennner oder ein größeres Bureau; 2. ein Empfangszimmer; 3. ein größeres gemeinsames Speisezimmer; 4. ein Zimmer für die Bedienung; 5. eine Küche; 6. ein Kfzige; 7. eine Waschküche mit Trockenraum und Wadenzimmer; 8. für Pfarrer und drei Witwe je zwei Zimmer; 9. für sonstigen Gebrauch zwei Gastzimmer; 10. für Dienstmoten zwei Schlafzimmer.“

Also 17 Zimmer neben Küche, Waschküche und Trockenraum mit Wadenzimmer! Dabei war die Stelle des dritten dieser drei Witwe vom Gemeinderat abgelehnt und vom Bischof unter Missachtung dieses Gemeinderatsbeschlusses direkt provolatorisch besetzt worden.

Daraufhin wurden dann am 15. November die 1800 Mk. bewilligt unter freudiger Zustimmung unserer „christlichen Gewerkschaftsväter“. Man sieht daraus, auf welcher Seite die christlichen Gewerkschaftsführer halten, wenn sie aus Mader kommen. Mögen unsere Mülbauer Kollegen sich diesen Vorgang recht einprägen, damit sie sich zu gelegener Zeit daran erinnern.

Aber noch einen komischen Beisatz hat die Geschichte. Aufschluß haben am 15. November der Erhöhung auf 1800 Mk. für die Wohnungsentschädigung des Herrn Pfarrers auch die Demokraten in Mülhausen -- die Mänpfer für die Trennung der Kirche vom Staat! In Colmar wurde dem Gaswerksportier, Kollegen Benschel, seine ungehabte Wohnung entzogen, weil dieselbe zu Bureauzwecken verwendet werden sollte, obgleich wir die Notwendigkeit hierzu sehr zweifeln. Ihm selbst und seiner Familie wurde eine Stube zur Wohnung angewiesen, die vordem dem Herrn Direktor Johner als Stall für seine choleraanfälligen Hühner gedient hatte und seitdem nicht einmal desinfiziert worden sein soll. Als er sich vom Herrn Bürgermeister Plumenthal eine andere Wohnung erbat, wurde ihm vom Bürgermeisteramt mitgeteilt, daß ihm die Wohnung geschickt sei.

Dem Herrn Pfarrer 1800 Mk. Wohnungsentschädigung.

Den städtischen Arbeiter in den Subnerstall!

Mögen die Mülbauer und Colmarer Kollegen durch Anschluß an die Organisation dafür sorgen, daß solchem Treiben entgegengetreten werden kann!

Brief aus Lahr i. B.

Lahr ist wohl diejenige Stadt im badischen „liberalen Musterlande“, die am allernächsten den Sozialpolitik angehängelt ist. Liberale Reichstagsabgeordnete, liberale Landtagsabgeordnete, sogar der Hochreitsläufer der „gemäßigten Liberalen“ verkünden pompös der stammenden Mittelwelt, daß die Fortführung der Sozialpolitik eines der ersten Erfordernisse sein müsse. Unsere Lahrer „Liberalen“ und „zentriemlichen“ Stadtväter aber kehren sich nicht daran. Sie lassen bei den städtischen Arbeitern Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, daß man sich unwillkürlich an den Kopf greifen und fragen muß, ob denn das letzte Jahrzehnt vollständig spurlos an ihnen vorübergegangen ist. Nicht genug damit, daß man Lohne von 1,90, 2, 2,20 bis 2,50 Mk. oder höchsten 3 Mk. für zehnstündige Arbeit bezahlt, ist man nun auch noch dazu übergegangen, Abzüge von 20 bis 40 Pf. pro Tag zu machen, so daß der glücklich zu nennen ist, der mit 12-15 Mk. wochentlich, in der Weihnachtswode auch vielleicht mit 8-12 Mk. nach Hause kommt. Noch lange Nacht ist's gegenwärtig, wenn die Arbeit beginnt, schon lange Nacht, wenn sie endet, daß dadurch leicht Unglück entstehen konnte, kümmert nie-

mand. Dabei liegt Lahr nicht im Erzgebirge, nicht im dunkelsten Sachsen, auch nicht im Lande des Lebkuchens, sondern im Herzen Badens und hat die sozial fortgeschrittenen Städte Freiburg, Straßburg, Mannheim vor der Nase liegen. Ja sogar Eisenburg und Pforzheim sind etwas weiter vorgeschritten und können mitleidig auf das „Lahr dahinter“ herabsehen. Freilich hat man aus den dortigen Rathhäusern schon sozialpolitische Aeußerungen gehört, die für das Lahrer Rathaus noch lange bohntische Törfer sein werden. Und wenn die Preise noch so steigen, und wenn die Lahrer städtischen Arbeiter noch so Hunger leiden müssen, kein Geistesblitz sozialer Erkenntnis, keine verständnisvolle Regelung für das Elend ihrer Arbeiter hat bis jetzt unsere Rathhausgewaltigen durchzuckt. Doch halt! Zweimal in jüngerer Zeit hat man auch in Lahr von der runderkommenen Art der Sozialpolitik etwas gehört. Einmal, als unsere organisierten Kollegen um Lohncehörung nachdrachten und bald darauf von der Verwaltung der Beschluß gefaßt wurde, eine Arbeitserdnung einzuführen und das andere Mal, als der Uebervergemeister um eine Lohn- -- pardon Gehaltscehörung nachdruchte und sie auch gleich bewilligt erhielt. Die Stadtverwaltung sah, daß doch ein Notstand vorhanden war und in weiser Erkenntnis dessen, daß ein Uebervergemeister in einer Stadt mit 15.000 Einwohnern nicht mit dem Entbehrungslohn von 10.000 Reichsmarkern leben kann, wurde derselbe auf 12.000 Mk. erhöht. Die Stadt litt dadurch keinen Schaden, denn die Verwaltung sorgte auch gleich für Deckung, indem sie den städtischen Arbeitern, wie bemerkt, 1/3 d. d. e. machte! Nimmt man das Mittel des Abzugs mit 30 Pf. und die Zahl der städtischen Arbeiter mit 60-70 an, so sind in 100 kalten Wintertagen die 2000 Mk. wieder da. Wie sagt doch Heine:

„Dat man viel, so wird man bald,
Noch viel mehr dazu bekommen;
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.
Wenn Tu aber gar nichts hast
Ach, so laße Dich begraben,
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.“

Von der Arbeitsordnung, zu der unterdessen die nötigen Entwürfe eingereicht wurden, ist's wieder still geworden, die Kommission hat noch keine Sitzung gehabt. Bald aber läuten die Weihnachtsglocken -- Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Hoffentlich läuten sie in Lahr so hart, daß die hungernden Gemeindegewaltigen das Murren des Regens nicht hören, sie könnten sonst revolutionäre Gedanken erhalten.

Um diese Zustände zu beleuchten, tagte am Sonntag, 1. Dezember, im „Adler“ eine vom Kartell einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in der Kollege Bürtler über das Thema „Die Stadt Lahr als Arbeitgeberin“ referierte und die vorhandenen Mängelstände geißelte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von den ähnerst unzulänglichen Arbeitsverhältnissen, in denen die städtischen Arbeiter Lahrs durch ihre Kollage zu arbeiten gezwungen sind.

Die Versammelten halten den gegenwärtigen Zustand als tief beschämend, daß Lahr die einzige und letzte Stadt der Stadtordnung in Baden ist, die die Verhältnisse ihrer Arbeiter erst noch in zeitgenössischer Weise zu regeln hat und erwarten von der Stadtverwaltung, daß sie diese Regelung demnächst in muntergültiger Weise vornimmt. Ganz besonders bedauert die Versammlung, daß die Stadtverwaltung, anstatt mit gutem Beispiel voranzugehen, so wenig soziales Gefühl und Verständnis entwickelt, daß den schickentragenden städtischen Arbeitern in gegenwärtigen teuren Zeiten noch Abzüge gemacht werden, während auf der anderen Seite gleichzeitig ganz erhebliche Gehaltscehörungen beschlossen wurden.“

Eins aber mögen sich die Lahrer städtischen Arbeiter merken, nämlich -- daß nur durch vollständigen Eintritt in den Verband solchen Zuständen ein Ende gemacht werden kann. H. B.

„Ich trete aus!“

Wie oft und bei welchen verschiedenen Gelegenheiten stoßen wir immer wieder auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht bequamt oder was sie sich nicht auf den ersten Blick erklären können, mit den Trodworten bei der Hand sind: „Ich trete aus!“ Wie das letzte Mittel der Stomige die Stomige ist, so stellen sich jene Karben in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geistliche Wort“ als das zwedentsprechende Fernmittelsmittel vor, um ihren Willen mitunter auch gegen die Meinung der Majorität durchzusetzen. Was immer die Organisation unternimmt, immer weichen solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht brave Menschen, daß nie eine Handlung zugleich allen recht ist und daß ein organisatorisches Gebilde eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation als der Erkenntniscehweiterung dienlich und den Gesamtinteressen nützlich

anerkenntnis muß, so darf doch nie vergessen werden, daß jede soziale Substitution in dem Momente aufhören mußte, als jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb versagt, weil er seine Person und seine Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet.

Zu keiner Zeit kann das „Ich trete aus!“, die Devise der Selbstverteidigung, so verhängnisvoll werden, als wo wir ihm am häufigsten begegnen — nach einem aussichtslos oder mit nicht allseitig befriedigenden Ergebnissen beendeten Kohnkampf. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schar der Schwächlichen und Verwundeten, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen, und der einzelne, der in solchen Situationen seinen Kollegen das resignierte von stummer Unterwerfung zeugende „Ich trete aus!“ jurament, kann hier in der Tat zuweilen recht arges Unheil anrichten. Die Furcht des Lohnarbeiters entspricht bekanntlich nur abzulebte des bangenden Zweifels und verzagenden Hoffnungslosigkeit, die nur durch eine gründliche, prinzipielle Sättigung in der Organisation beseitigt werden können. In dieser Aufgabe wirkt nicht störender und für nichts in der nicht- oder halbdurchgebildete Arbeiter empfänglicher als für das jede Zukunft feige preisgebende: „Ich trete aus!“ Gelingt irgend eine Aktion der Gewerkschaft nicht so, wie man sie erwartet hatte, blieb eine Intervention derselben bei der Stadtverwaltung oder bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Trumpf, das Instrument, das man der Organisation entgegenbringt: „Ich trete aus!“

Weil ein Erfolg ausgeblieben ist, und eine Sache nicht durchzusetzen war, erklären sie mit ihrer Drohung jemandem Trotz bieten zu wollen, während sie, genau genommen, doch nur selbst dieser jemand und, der durch ihr eigentümliches Verhalten getroffen wird, statt gerade dann, wenn die Organisation einen Misserfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen: daß nun alle Kräfte angespannt werden müssen, um Verhältnisse nachzubolen, erklären sie wie trotzig Ander „nicht mehr mittun zu wollen“ und beleiten auch andere zur Fahrenflucht, pflanzen Mißmut und Verzagtheit, wo Aufmunterung und Belehrung der Schwächlichen am Platze wäre. Sie werden so, ohne daß sie es ahnen und beabsichtigen, zu Helfershelfern der Unternehmer, die nichts schrecklicher wünschen, als daß die Organisationen zurückgeben, daß Mißstimmung und Verzagtheit die Reihen der kämpfenden lichten helfen. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen könnten; und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Misserfolg die Arbeiter davon überzeugen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt! So liegt also in den leichtfertigen und garkrigen Worten: „Ich trete aus!“ ein ganze Welt der Reaktion, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht.

Notizen für Gasarbeiter.

Salle a. 3. Die Eingabe der Gasanstaltsarbeiter auf Einführung von Wochenlöhnen an Stelle der bisherigen Stundenlöhne und auf Erhöhung der Löhne ist auf vier Wochen zurückgestellt worden, damit der Magistrat erst Stellung zu den Forderungen nehmen kann. Hoffentlich braucht der Magistrat nicht so lange Zeit, sich schlüssig zu werden und der Petition zuzustimmen. Die Herren mögen bedenken, daß in anderen städtischen Betrieben schon längst Wochenlöhne gezahlt werden und daß kein Grund vorliegt, die Arbeiter des ältesten städtischen Erwerbsinstituts schlechter zu stellen als ihre Kollegen. Die Herren Stadtväter mögen auch erwägen, wie „schonlich“ die Stimmung ihrer Arbeiter werden muß, wenn sie ihrer Frau nur 12 bis 11 Mk. Wochenverdienst nach Hause bringen können, weil zwei dreitägige Feiertage in die Woche gefallen sind. Da kennt man als Arbeiter nicht beten, sondern fluchen. Die Kinder müssen hungern, weil das „heilige Christfest“ dem Vater ein Drittel des Wochenlohnes raubt. Und gleich nach Weihnachten, das dem Arbeiter und seinem Kinde den letzten Sparpfennig aus der Tasche zieht, folgt Neujahr mit der fälligen Wohnungsmiete, und der Neujahrstag bringt wiederum einen Lohnausfall von 3 bis 4 Mk. Wenn man als Familienvater daran denkt, da wird einem jetzt schon das Herz schwer, und die Welle könnte überlaufen. Vier Wochen zurückgestellt! Das spricht sich leicht aus; für uns Arbeiter ist es eine Qual. Forderungsentnehmer machen ab und zu ihren Arbeitern Weihnachtsbesuche. Das Weihnachtsgeschenk für die Arbeiter der städtischen Gasanstalten besteht darin, daß ihre Petition bis nach Neujahr vertagt worden ist! — Von der Verrücktheit, die allen Beamten im letzten Jahre zuteil geworden ist, haben die Arbeiter der Gasanstalten am wenigsten bemerkt. Daß für die Feuerarbeiter die Achtstundenschicht eingeführt worden ist, war erfreulich, aber doch selbstverständlich; denn die unmenseliche Schinderei der längeren Schichtdauer war doch allzu groß, und auch acht Stunden dürfen bei dieser Arbeit den Körper vorzeitig aus, wenn die Ernährung und sonstige Körperpflege nicht sehr gut sein kann, was bei den jetzt gezahlten Löhnen einfach nicht möglich ist. Außerdem hat die Verwallung der Gaswerke nach Einführung der Achtstundenschicht die Leute für die dritte Schicht zumeist aus den beiden anderen Schichten genommen, so daß die Zahl der gleich-

zeitig tätigen Arbeiter verringert und damit deren Anstrengung vergrößert worden ist. Eine Sozialreform auf Kosten der Arbeiter! — Im Stokersraum war die Arbeit so fürchterlich geworden, daß unsere Kollegen energisch auf Abhilfe drängten und ein Mann nach eingestellt werden mußte. Zwei Wochen vorher hatte Direktor Schreiber ein dahingebendes Gesuch abgelehnt, bis die Arbeiter keinen Zweifel ließen, sie würden zum äußersten Mittel der Arbeitslosigkeit greifen, wenn dem Standal nicht ein Ende gemacht würde. Sind Magistrat und Stadtverordnete noch nicht überzeugt, daß die Arbeitsverhältnisse in den städtischen Gasanstalten unerträglich sind, dann mögen sie sich die Zahl der Erkrankungen ansehen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß viele Arbeiter sich nicht krank melden, obwohl sie krank sind. Sie fürchten sich vor dem Lohnausfall; denn viele erhalten noch nicht die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld. Häufig fanden die Feuerarbeiter den Gasarbeitern um eine Mark im Lohne voraus; jetzt beträgt der Unterschied nur noch 70 Pf. In diesem Jahre sollen die jährlichen Gasanhalten 502 649 Mark an Heberischung abwerfen. Wahrscheinlich wird der Heberischung nach um Zehntausende höher sein. Da darf wohl erwartet werden, daß die Arbeiter der Gasanstalten so schnell werden, daß sie nicht am Hungerlode zu nagen brauchen. Nohlen, Nahrungsmittel und alles andere ist teuer geworden. Mögen die Kollegen auf der Wacht sein und die Organisation stärken.

Sannover. Wir berichteten in Nr. 50 bereits unter der gleichen Rubrik über den „befürchteten“ Streit im hiesigen Gaswerk. Zur Ergänzung diene noch folgende Rechnungsnotiz: „Wie die Dinge in der hiesigen städtischen Gasanstalt lagen, mußte mit dem Ausbruch eines Streits der gesamten Arbeiterschaft des Werkes mit Anbruch der ersten Nachmittage des Sonntags sehr gerechnet werden. In höherer Erwartung der Dinge hatte die Direktion alle Maßregeln getroffen, die geeignet schienen, Gölse für den Augenblick zu bewahren. So hatte sie bereits 10 000 Electricen besorgt, um sie in den Straßenlaternen zu verwenden. Mehr als 60 000 Benachrichtigungen lagen zur sofortigen Beförderung durch die Post bereit, um die Abnehmer im Nu von der drohenden Gefahr zu benachrichtigen und sie für die nächsten 24 Stunden zur äußersten Sparsamkeit im Gasverbrauch zu ermahnen. Weitgehende Maßregeln waren getroffen, um für den Montag bereits wenigstens die notwendigen Hilfskräfte von auswärts heranziehen zu können. Ein Aufgebot von Militär und Polizeimannschaft hatte sich unter Führung eines Oberleutnants und mehrerer Kommissare auf dem Hofe des Gaswerks eingefunden. Es kam aber nicht zum Ausbruch, da Verächtlichung der Wünsche der Arbeiter versprochen wurde — Auf die Gaswerkverwaltung aber ein schlechtes Gewissen gehabt haben!

Verbeaux (Frankreich). Durch den Streik der Gas- und Elektrizitätsarbeiter war die Stadt in Dunkel gehüllt. Alle Bäden, Werkstätten und Bureaus wurden bei Anbruch der Dunkelheit geschlossen. Die Leute gingen mit Handlaternen in den Straßen. Die Cafés wurden mit Kerzen und Laternen erleuchtet. — Laut Nachrichten der Tagespresse ist der Streik nunmehr beendet, die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Aus den Stadtparlamenten.

Tüßeldorf. Vom 1. Januar 1908 ab soll die Zahlung der Gehälter durch die städtischen Sparkassen erfolgen. Es wird dabei den Empfangsberechtigten freigestellt, die Sparkassen-Hauptstelle oder Sparkassen Zweigstelle als Ort des Gehaltsempfanges zu wählen. Innerhalb der Geschäftsstunden der Sparkassen können die Bezüge nach dem Fälligkeitstermine jederzeit ganz oder teilweise behoben werden. Das nicht behobene Geld wird nach dem üblichen Satz verzinst. — Bei den städtischen Arbeitern wird es wohl mit dem „nicht behobenen Geld“ nicht weit her sein, fürchten wir!

Leipzig. Hier besteht ein Fonds für Versicherung von städtischen Beamten und Angestellten gegen tödliche Verunfallung im Dienste bzw. vollständige Invalidität. Dieser Fonds war bis Ende 1906 auf 30 177,90 Mk. angewachsen. Unterhaltungen sind bisher aus dem Fonds nicht bezahlt worden. Nach dem inzwischen erlassenen Erbschaftsgesetz ist nun auch in den Fällen Unterhaltung zu gewähren, in denen der Verletzte durch den Unfall nur zum Teil erwerbsunfähig geworden ist. Der Rat hat beschließen, auch diese Unterhaltungen für teilweise Erwerbsunfähigen, also alle auf Grund des Erbschaftsgesetzes von der Stadtgemeinde Leipzig zu tragenden Kosten aus dem genannten Fonds zu zahlen und dem Fonds die Vermeidung Fonds für die Kosten des Unfallversicherungsgesetzes zu geben.

Lübed. In der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember trat wieder einmal klar zutage, wo die wahren Freunde der städtischen Arbeiter liegen. Während den unteren und mittleren Beamten Gehaltserhöhungen zugesprochen wurden, fiel der diesbezügliche Antrag des Stadtm. Stellung (Zos.) aus der städtischen Arbeitern eine Lohnerhöhung zu bewilligen, glatt durch. Der Redner begründete u. a. seinen Antrag damit, daß der Senat in der Begründung der Beamtenvorlage zugesprochen hat, daß die Feuerung nicht mehr als eine vorübergehende Erhebung bezeichnet werden

Tönne. Deshalb hat er ja auch die Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten vorgeschlagen. Wo aber bleiben die nicht im Etat verzeichneten Beamten und die Staats- und Gemeindegewerkschaften? Auch diese leiden schwer unter den leeren Zeiten; ihnen aber soll keine Gehaltszulage zuteil werden, trotzdem deren Lohnverhältnisse nicht als gute bezeichnet werden können. So erhalten z. B. Staatsarbeiter Stundenlöhne von 32 Pf. an, wobei zu bedenken ist, daß Privatunternehmer für dieselben Arbeiterschichten wesentlich höhere Löhne zahlen. Es ist eine Notwendigkeit, auch diesen Angestellten des Staates in Gestalt einer Teuerungszulage, die den vorgeschlagenen Gehaltszulagen an die etatsmäßig angestellten Beamten entspricht, etwas zuzulassen zu lassen. Senator Dr. Stöckert, den Antrag Stellung, der den Staatsarbeitern eine einmalige Zulage von 75 Mk. gewähren will, abzulehnen. Es sei nicht angängig, jedem Arbeiter im Staatsbetriebe, unbeschadet der Dauer seiner Beschäftigung 75 Mk. zu gewähren. Er möchte auch darauf hinweisen, daß den staatlichen Arbeitern mindestens einmal eine Zulage gewährt worden ist. Es ist auch gar nicht zu übersehen, wie hoch sich die Kosten stellen werden. — Nachdem die Stadtw. Wiffel und Fbiele (Soz.) für den Antrag Stellung, erklärte Senator H. Eichenhuber: Die Beamten sind nicht mit den Arbeitern zu vergleichen. Die Bürgererschaft hat mindestens ein ebenso warmes Herz für die Arbeiter wie der Vordner. Die Bezüge der Arbeiter sind um so viel gestiegen, als die Teuerung ausmacht. Die Löhne der Arbeiter werden vielleicht auch wieder sinken, denn sie richten sich nach Angebot und Nachfrage. — Alsdann wurde von der Mehrheit Schluß gemacht und der Antrag Stellung abgelehnt! Unsere Lübecker Kollegen wissen nun, daß sie mit Eifer am Ausbau unserer Organisation zu arbeiten haben!

Chliss. In der letzten Stadtverordnetenitzung teilte der Bürgermeister mit, daß die Gas- und Wasserwerkskommission es abgesehen hat, die Löhne der Gas- und Wasserwerksarbeiter allgemein zu erhöhen; von Fall zu Fall soll tüchtigen Arbeitern eine Zulage gewährt werden. Stadtverordneter Großberndt (Soz.) erklärte diesen Beschluß für unangenehm. Der Mindestlohn betrage 3,50 Mark, damit könne ein Familienvater heute nicht mehr auskommen. Großberndts Antrag, die Sache nochmals an die Kommission zurückzuweisen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und dreier bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt. — Frage: Wer ist ein tüchtiger Arbeiter? Antwort: Der in der patriarchalisch-reaktionären Auffassung des Herrn Bürgermeisters der Weisheit letzten Schluß erblickt!

Rus den Gemeinden.

Berlin. Der Wasserverbrauch der Berliner Bevölkerung für den Kopf und Tag wächst ständig; er betrug im Jahre 1904: 82,1 Liter, 1906: 83,3 Liter, 1908: 85,12 Liter. Der Gesamtverbrauch von Berlin und Vororten betrug im Jahre 1908 rund 167.700.000 Kubikmeter. Gegen Zahlung wurden geliefert: 37.357.846 Kubikmeter, unentgeltlich 5.208.685 Kubikmeter. Auf die Verbraucher innerhalb Berlins entfallen 61.065.900 Kubikmeter. Der höchste Tagesverbrauch war am 3. August 1908, er betrug für Berlin allein 211.512 Kubikmeter, für Berlin und Vororte 249.156 Kubikmeter; der niedrigste am 26. Dezember, und zwar 118.963 bzw. 122.728 Kubikmeter. Im Berichtsjahr 1908, in dem 39.875 Wasser messer in Betrieb waren, betragen die wirtlichen Betriebsleistungen der städtischen Wasserwerke 4.466.519 Mk. und die Ausgaben 6.179.109 Mk. Berücksichtigt man das gesamte zur Verteilung gekommene Wasser, so betrug der erzielte Verkaufspreis 0,1419 Mk. und der Selbstkostenpreis 0,0826 Mk. für 1 Kubikmeter Wasser. Wird der Rechnung des Verkaufs- und Selbstkostenpreises für 1 Kubikmeter nur das gegen Bezahlung gelieferte Wasser zugrunde gelegt, so betrug der erzielte Verkaufspreis 0,165 Mk. und der Selbstkostenpreis 0,1077 für 1 Kubikmeter Wasser.

Rus unserer Bewegung.

Sant Wilhelmshaven. Eine gut besuchte Parteiverammlung des Volksbildungsamtes sowie der Depotarbeiter tagte am Freitag, den 6. Dezember, in Sadowahers Tivoli. Die Tagesordnung lautete: Die wirtschaftliche Lage der Staatsarbeiter und ihre Verbesserung durch die Organisation. Der Referent führte reichliches Material und begründete, wie notwendig die Organisation auch heute für die Staatsarbeiter ist. In einer Zeit, in der die arbeitende Bevölkerung mehr als je durch die indirekten Steuern und die Verteuerung aller Lebensmittel gekümpft wird, dürfte kein Arbeiter den falschen Freunden, die die wirtschaftliche Aufklärung der Arbeiter trachten und daher unter der Mäule des Reichslogenverbandes nach den Anschein geben, auch für die Arbeiter etwas tun zu wollen. Auch wurde auf die Notwendigkeit, die Arbeiterpresse zu abnormieren, hingewiesen. Die Versammlung hatte einen erfreulichen Erfolg, ein Teil der Unorganisierten schloß sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an, hoffentlich werden die übrigen bald folgen.

Berlin. Unter: Filiale hielt am 9. Dezember eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Ruckh berichtete über das Resultat der Verhandlungen mit dem „Allgemeinen deutschen Gärtnerverein“. Auf Anregung der Agitationskommission werden Anfang nächsten Jahres wieder Unterrichtskurse für die Vertrauensleute eingerichtet. Das Resultat der vorgenommenen Wahl der Antragsentscheidungskomitee konnte leider nicht berichtet werden. Die ausstehenden Berichte sollen umgehend an die Ortsverwaltung gesandt werden. Zwei Klagen wegen Zahlung von Krankengeldzuschuß erzielten in einem Falle obliegendes Erkenntnis. Die Klageerlegungen der Kollegen Beenen und Tschirner aus dem Krankenhaus Am Urban wurden vom Referenten eingehend kritisiert. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Mohs, einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Lebensmittelverteuerung und Lohn-erhöhung“. Eine rege Diskussion knüpfte sich an das Referat.

Eisen a. Ruhr. In der am Sonntag, den 8. Dezember, stattgefundenen Mitgliederversammlung gab Koll. Schäfer-Köln ein Bild der der Zahlstelle harrenden Aufgaben. Ein Antrag auf Abhaltung eines Wintervergnügens fand Annahme. In die Festkommission wurden die Koll. Schlee, Tubbesing, Mohs und Mohlenbeck delegiert. Der Extrabeitrag von 6 Pf. pro Woche wird gut geheißen, hierfür wird die von Seiten des Verbandsvorstandes zu zahlende Krankenunterstützung von 4 Mk. auf 5 Mk. erhöht. Nach Ausschluß eines Kollegen wegen unehrenhaften Benehmens fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Eisenach. Am Freitag, den 20. November, abends, hielt unsere Filiale eine öffentliche Versammlung ab, in der Verbandsvorsitzender Mohs-Berlin einen Vortrag über: „Die Arbeiterversicherung und das Koalitionsrecht“ hielt. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, fest zusammen zu halten, um dadurch selbst die Besserung der traurigen Verhältnisse herbeizuführen, schloß der Redner seinen oft von Beifall unterbrochenen Vortrag.

Fürth. (Hirsche am Zerstörungswerk.) Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die sich als Freunde der Arbeiter gerierenden Hirsch-Dunderschen immer erst dann mit ihrer „Tätigkeit“ einsetzen, wenn bereits die freien Gewerkschaften Erfolge errungen haben. Daraus allein ergibt sich schon, daß es nicht auf ein Zusammenfassen der Kräfte zum Nutzen der Arbeiter abgesehen ist, sondern daß die Absicht dieser Gesellschaft die gegenteilige ist. Zwar spielen diese Leuten die getränkte Leberwurst, wenn man erklärt, sie gehörten unter die Arbeitervertreter, aber was nützt alles Strauben, wenn die Tatsachen reden. Auch unter den städtischen Arbeitern beginnen sie jetzt ihr Zerstörungswerk. Solange sich niemand der Gemeindegewerkschaften angenommen hatte, war von den Hirschen nichts zu sehen und zu hören. Kaum aber fanden sich die in den Gemeindegewerkschaften Beschäftigten im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammen und rangen den Gemeindegewerkschaften Verbesserungen für die Arbeiter ab, sofort setzten die Zersplitterer ein. So war es vor einigen Jahren in Nürnberg und in neuester Zeit in Fürth. Mit möglichster Klamme, aber in der gemeinsten und verwerflichsten Art und Weise verhandelte man, daß sich in Fürth am 24. November 29 städtische Arbeiter „aus den Reihen des sozialdemokratischen Gemeindegewerkschaftsverbandes befreit und einen Ortsverein städtischer Arbeiter gegründet hätten“. Am 1. Dezember fand daher in den Grotasalen eine von unserer Seite einberufene Versammlung statt. Kollege Pehold zerstückelte das Wesen der Gewerkschaften und wies nach, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nichts getan haben, die Lage der Arbeiter zu heben, sondern daß sie versuchen, die freien Organisationen in ihrem Aufblühen zu hemmen. Auf die Nürnberger Verhältnisse eingehend, schloß er den anwesenden Beamten der Hirsche die Dankbroschüre um die Ehren und wies nach, wie dadurch den Nürnberger Kollegen geschadet worden ist. Nach dem Referat meldete sich Herr Varnholt zum Wort. Sein ganzes Trachten war darauf gerichtet, die Anschuldigung, daß der Gewerkschaften alles, nur keine Vertretung für Arbeiterinteressen sei, zu widerlegen. Vor allen Dingen sei er kein Schlepptreuer der freijümmigen Partei. Um zu beweisen, daß der Pokern, im Gewerkschaften werde der meiste Streikbrauch getrieben, nicht berechtigt sei, führte er den Waldenburger Bergarbeiterstreik an. Damit hatte er für sich das unglücklichste Beispiel herangezogen. Nachdem noch einige Führer der Hirsche ihre Weisheit hatten leuchten lassen, zerstückelte Kollege Scherzger die bisherige Tätigkeit unserer Organisation in Fürth. Er wies nach, wie alle bestehenden Verbesserungen nur unserem Eingreifen zu verdanken sind. Wenn auch noch viel zu tun sei, so sind doch bereits die Einrichtungen getroffen, welche den Arbeitern zum Vorteil gereichen. Die Kollegen möchten sich aber darüber klar werden, in dem Augenblick, in welchem sich die Arbeiter in zwei Lager teilen, mag unwillkürlich eine Hemmung in ihrem Bestreben nach Vortritt eintreten. Dies zu erreichen, ist aber die Pflicht der „Hirsche“. Diese Absicht zu verhindern, ist die Aufgabe der Kollegen selbst. Man möge sich an den großen Holzarbeiterstreik in Fürth erinnern. Damals wurde durch das Verhalten der Hirsche der Heime Belagerungszustand über die Stadt verhängt. In seinem Schlusswort ging Kollege Pehold auf die verschiedenen Ausführenden ein. Bezüglich des Waldenburger Streiks wies er nach,

dasi dieser nur gezwungenerweise seitens der Firma gehubt wurde. Als die Bergarbeiter vollständig ungeruhet Forderungen stellten, kündigten die Unternehmer das Arbeitsverhältnis und die Wohnungen. Die Kündigung wurde nur zurückgezogen, wenn die Leute aus dem Gewerksverein austraten. Sollten die Firme ihre Mitglieder nicht verlieren, so mußten sie notgedrungenweise zum Streik greifen. Nachdem Medner ihnen ihr Sündenregister noch vorgehalten, verließen sie schließlich das Lokal. Zuvor wurde unter Stimmenthaltung der Firme folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 1. Dezember 1907 in den Eborafalen stattgefunden allgemeine Versammlung der Gemeindegewerksarbeiter steht auf dem Standpunkt, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die einzige Organisation ist, die bisher in verdienter Weise die Interessen aller städtischen Arbeiter vertreten hat. Die Versammlung verwirft die Neugründung des Dirsch-Dunderschen Ortsvereins auf das entschiedenste, die eine Zersplitterung der Organisation und damit eine Schwächung der Aktionskraft der Arbeiter darstellt. Die Versammlung verpflichtet alle städtischen Arbeiter, falls dies noch nicht der Fall sein sollte, dem Verbande beizutreten und demselben treu zu bleiben.“ Es wurde alsdann noch das Unterstützungswesen des Gewerksvereins unter die Lupe genommen. Am Schlusse wöhlen wir noch mitteilen, daß die in den Zeitungen verbreitete Nachricht, es hätten sich 20 städtische Arbeiter „aus unseren Reihen befreit“, jeder Unterlage einbeht. Unsere Mitglieder stehen treu zur Fahne!

Leipzig. Die in den städtischen Betrieben und den Thüringer Gasanstalten beschäftigten Arbeiter hielten am 6. Dezember im Volkshaus eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Schuchardt hielt zunächst einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Geschichte der deutschen Revolution“. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu einer Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage?“ entspann sich eine lebhaft Diskussion. Es wurden dabei die in Leipzig bestehenden hohen Wohnmieten besonders kritisiert. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute im Volkshaus zahlreich versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen konstatieren, daß die Lebensmittel und Bedarfsartikel gewaltig im Preise gestiegen sind. Sie erwarten vom Rat der Stadt Leipzig, daß entsprechend der Teuerung die Löhne der Arbeiter erhöht werden. Sie erwarten, daß ihrem wiederholten Ersuchen nun stattgegeben wird.“ Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, diese Resolution dem Räte der Stadt zu übermitteln.

Mühlheim a. Rh. Auch hier bildete sich eine Zählstelle des Verbandes. Wir heißen die Kollegen herzlich willkommen in unseren Reihen! Die Geschäfte liegen in der Hand des Kollegen G. Stab's, Freieitstr. 82.

Mühlheim a. d. Ruhr. Hier hat sich eine Zählstelle unseres Verbandes gebildet. Die Verwaltung der Gasanstalt, die anfangs ein schlechtes Gewissen hat, glaubt nun, es müsse sofort gehandelt werden. Die Verwaltung kann beruhigt sein, kommt sie den Wünschen ihrer Arbeiter etwas nach, so werden diese nicht daran zu denken brauchen, in einen Streik einzutreten. Daß der Verband an gewissen Stellen nicht gut gelitten ist, nimmt nicht wunder. An Einschüchterungsversuchen den Arbeitern gegenüber hat's noch nicht gefehlt. Die Arbeiter sehen aber ein, daß ohne Verband so gut wie nichts in der Pflege städtischer Arbeiterpolitik getan würde, darum erhoffen sie jetzt mit ihm weitere Fortschritte. Auf alle Fälle werden sie sich das Recht auf Vereinigung nicht strengt machen lassen. Daß wir den Direktor „zwingen“ wollen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, ist auch nicht wahr, schon deshalb nicht, weil dies ja nicht ganz allein an ihm liegt. Die Direktion dürfte sich klar darüber sein, daß es in der Zeit der Unternehmerverbände gar nichts Auffälliges ist, wenn sich auch die Arbeiter organisieren. Unsere Kollegen fordern wir auf, fest und treu zur Sache zu halten!

München. Am Sonntag, den 8. Dezember, fanden sieben Bezirksversammlungen statt, die einen guten Besuch aufzuweisen hatten. Die Referenten behandelten die Anträge, welche dem Magistrat eingereicht werden sollen. Es ist unmöglich, mit der jetzigen Mathausmehrheit noch länger arbeiten zu können, da sie ja doch die Anträge des Arbeiterausschusses, wie die von Seiten unserer Organisation, stets ablehnen. Aus diesem Grunde werden wir unsere Anträge erst im nächsten Frühjahr, wenn die Gemeindegewählten näher rücken, an den Magistrat einreichen. Die Anträge, welche ja wesentliche Verbesserungen für die städtischen Arbeiter bringen, müssen aber in erster Linie von Seiten der Kollegen in den städtischen Betrieben den Nachdruck erhalten. Deshalb ist es die heiligste Pflicht jedes organisierten Kollegen, auch den letzten Mann unserer Organisation zuzuführen, denn nur eine ausgebaut starke Organisation ist imstande, den berechtigten Forderungen den richtigen Nachdruck zu verschaffen. Da die jetzige Mathausmehrheit eine immer mehr arbeiterfeindliche, scharfmachende Richtung annimmt, müssen wir Sorge tragen, daß bei den kommenden Gemeindegewählten eine die Interessen der Arbeiter vertretende Partei in das Rathaus einzieht. Darum sollen es die städtischen Arbeiter sein, die durch Erwerbung des Bürgerrechts für eine richtige Vertretung sorgen sollen. Auch werden unsere Gegner

nichts unversucht lassen, um uns mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, doch werden wir sie mit vereinten Kräften zu schlagen wissen. Eben bei Inkrafttreten der neuen Arbeitsordnung mußten wir auf eine Menge von Verschlechterungen hinweisen. Während man auf der einen Seite eine kleine Lohnaufbesserung vornahm, nahm man auf der anderen Lohnreduzierungen vor. Besonders die Gasarbeiter können ein Lied singen von dem großen Arbeiterwohlwollen, das man ihnen im Rathaus entgegenbrachte. Wie in Privatbetrieben die ungünstigen Verhältnisse die Massen in die Organisation zum Kampf gegen das Unternehmertum treibt, so ist auch bei den städtischen Arbeitern der Kampf aufzunehmen mit der ungünstigen Gestaltung ihrer Lebenslage. Auch die Mürzung der Marenzeit von drei Tagen auf einen Tag bei der Ortskrankenkasse ist dem Magistrat in finanzieller Hinsicht wieder von großem Nutzen, da er bei Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfalle wesentliche Ersparungen macht. Eine im Sinne unserer Forderungen ausgearbeitete Resolution fand überall einstimmige Annahme.

Stettin. Am Sonnabend, den 7. Dezember 1907, fand im „Gewerkschaftshaus“ unsere Mitgliederversammlung statt. Dem Kollegen T. wurden 15 Mk. Unterstützung bewilligt. Beschlossen wurde, für den an den Bildungstufen teilnehmenden Kollegen die 1 Mk. Unterstützungsgebühr aus der Jubiläumskasse zu gewähren. Die Wahl des Kollegen wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgeschickt. Kollege Sielaff erhaltete den Vorbericht. Aus demselben geht hervor, daß an den Herrn Regierungspräsidenten eine Petition um Erhöhung der ortslöhlichen Tagelöhne gerichtet werden soll, womit der Genosse Sentke beauftragt ist. Ein Weihnachtsergänzen kann wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht stattfinden. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 15. Januar 1908, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ statt.

Strasburg. Eine sehr gut besuchte Versammlung unseres Verbandes fand am Sonntag in den „Drei Blumen“ statt. Stadtrat Geiler referierte über: „Die Stellung der Frau zu der Organisation des Mannes“. In zweiwöchigen Ausführungen verstand es der Redner, den Anwesenden Umfang, Wachstum und Bedeutung der Frauarbeit, die Ausbeutung und Enttötung der Frau, das Wohnungsgeld, das Minderchulsgeld, die Schul-, Steuer-, Ertros- und Sozialpolitik der herrschenden Parteien in packender Weise vor Augen zu führen. Dann ging er auf die Notwendigkeit der Organisation ein, zeigte, wie gerade die Frau und die Familie es ist, der unabwehrbar Mann sich in einer Linie organisiert und organisiert muß. Eben deshalb, weil die Familie am meisten unter elenden Einkommensverhältnissen leidet, soll die Frau ihren Mann nicht zurückhalten, sondern selbst dafür Sorge tragen, daß ihr Mann ein richtiges, nütziges Mitglied der Gesellschaft und Arbeiterpartei ist. Aber auch das soziale Verhalten einzelner Männer gerichte der Referent kräftig, wenn sie v. B. ihre Frauen belügen, sie seien in der Versammlung gewesen, hätten ihre Beiträge bezahlt usw., während sie vielleicht am liebsten bei anderer Gelegenheit Zeit und Geld verträdeln haben. Soll die Gewerkschaftsbewegung zur erforderlichen Macht kommen, so ist es erforderlich, daß beide, Mann und Frau, danach trachten, sich gegenseitig aufzuklären und ein's das andere an seine gewerkschaftlichen Pflichten mahnt. Mehrer Beifall wurde dem Redner zuteil. In der Diskussion traten die Kollegen Burkler und Schwan den Ausführungen des Referenten bei, indem sie dieselben in der für die städtischen Arbeiter zutreffenden Weise erläuterten. Waren nun auch nicht so viel Frauen in der Versammlung, als man hätte erwarten dürfen, so berechtigt doch der Verlauf dieser ersten „Frauenversammlung“ zu den besten Hoffnungen und es sollen, da dieselbe allgemein Anklang fand, in der Folge noch mehrere veranstaltet werden.

Würzburg. Unsere Mitgliederversammlung fand am Sonntag, den 8. Dezember, in der Restauration „Oberbür“ statt. Kollege Van referierte über: „Die städtischen Arbeiter und Weihnachten“. Er führte aus, daß die Arbeiterkraft von dem so oft gesprochenen „Frieden auf Erden“ nicht viel verspüre, daß hier so viele Worte gesprochen, daß aber in der Tat an praktischer Arbeit seitens der Unternehmer und besonders der Städteverwaltungen wenig zu merken sei. Der Friede muß durch eine starke Organisation erkämpft werden, um auch in der Arbeiterkraft frohliche Weihnachten feiern zu können. Anschließend hieran erklärte Kollege Höhn, daß die Absendung von Eingaben an städtische Mörperschaften erst Wert habe, wenn eine disziplinierte Arbeiterkraft hinter der Eingabe stehe. Wichtig sei es für jeden Kollegen, zu agieren und für Aufklärung zu sorgen, dann sei es auch möglich, Verbesserungen zu erreichen.

Rundschau.

Der Vereinsgeschehwurf im Deutschen Reichstag. Die erste Lesung der geplanten Arbeitsvereinsbeschränkung hat bereits stattgefunden und hat zur Überweisung an eine Kommission geführt. Nach den spekulativ-reaktionären Ausführungen des Ministers v. Bethmann Hollweg, der natürlich als ebemaliger Volksheimlicher Preußens sein „Kund“ verteidigte, trat auch der konservative Dietrich für sämtliche

Verfassungsbeschränkungen ein, während das gegenwärtig in Opposition gedrängte Zentrum durch Treibhorn namentlich gegen den § 7 Stellung nahm. Als Regierungsvertreter ge-
 bürdet sich Herr Professor Dieber (natlib.). Aber damit gab er dem Genossen Heine (Soz.) nur vermehrte Gelegenheit, seine treffende, durch viele Beispiele aus der Praxis gestützt sein an-
 zuwenden. Am 11. Dezember erfolgte die Fortsetzung dieser De-
 batten. Selbst den sonst so volksfeindlichen Antisemiten paßte der § 7 nicht in den Kram, und auch der Elftäter Bertels machte seinem Namen alle Ehre. Nach einer Oppositionsrede des Herren
 Spahn (Zentrum) kam unser Genosse Legien (Soz.) an die Reihe und brachte die vielen Forderungen des neu geplanten Gesetzes an der Hand seiner zweijährschutelaugen Meinungs der Polizeiauslegungssätze zur Sprache. Mit Recht sagte er: „Gewiß sind ein paar Fortschritte in dem Entwurf enthalten, aber sie sind wahrhaftig nicht groß genug, mit Verfechtungen erlaubt zu werden. Bezichtigt die Mehrheit auf diese Verfechtungen, so sind wir für das Gesetz zu haben. In anderen Fällen können wir es ab, ohne uns von dem Drogenfaher über die bloße Reaktion beirren zu lassen.“ — Es bedarf keiner Frage, daß wohl alle Stellen diesen Standpunkt teilen. Darum haben wir uns alle zum Kampf zu rufen und gegen die geplanten Verschlechterungen auf der Hut zu sein.

Monninaler Erwerbslohn? Das Traun der Ver-
 eine selbständiger Holz- und stollenhändler „Der stollenhändler“ schreibt: Von allen Preunimarettalen, an welchen die kleinen Ver-
 braucher Berlins und der stollenkleinhandel interessiert sind, hat keines in den letzten Jahren eine derartige Steigerung erfahren, wie der Holz aus den Gasanstalten der Stadt Berlin. Während der stollenhändler noch im letzten Jahre den Waggon stets mit 170 Mk. einkaufen konnte, war schon der Verkaufspreis für das Gasdärtsjahr 1907/08 auf 210 Mk. für Abnahme bis Ende August und auf 220 Mk. vom 1. September ab gestiegen. Das macht schon eine Steigerung von durchschnittlich 40 Mk. für den Waggon, während z. B. Weizen immerhin nur um 7-12 Mk. für den Waggon im Preise gestiegen sind. Stellt schon der Verkaufspreis eine ganz ge-
 waltige Steigerung innerhalb eines Jahres dar, so wird diese doch weit in den Schatten gestellt, wenn man erfährt, daß die Gasanstalt für den Waggon stets heute außer Zahlung 280 Mk. verlangt. Eine Steigerung um 110 Mk. für den Waggon oder 55 Pf. für den Zentner in einem Jahre. — Die Millionen-Heber schürfe und die Art, wie sie erfolgt werden, erzeugen nachherde ernüchternde Bedenken. Wird schon beim Arbeitslohn eine ähnliche „ge-
 spart“, so müssen jetzt wiederum auch noch die stollenhändler gehörig bluten. Sozialistischer geht's nimmer!

Arbeiterverschüsse in bayerischen Staats-
 betriebe. Das Staatsministerium des Innern hat an die Regierungen, die Straßen- und Klusbauämter, die Wasserversor-
 gungsstellen und das Landbauamt München eine Entschließung hinausgeschickt, wonach mit sofortiger Gültigkeit Bestimmungen über die neue Einrichtung und Tätigkeit der Arbeiterverschüsse der Staatsverwaltung in Kraft treten sollen. Über die Aufgabe der Ausschüsse sagt § 1: Die Arbeiterverschüsse haben die Aufgabe:
 a) Anträge, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Art, die von den Ausschussmitgliedern für die von ihnen vertretenen Arbeiter vorzu-
 bracht werden, dem Straßen- und Klusbauamt in Zusammenkünften mündlich darzulegen und sich hierzu gütlichlich zu äußern; b) über sonstige das Arbeitsverhältnis betreffende Fragen auf Anforderung bei Ämtern anzufragen. Darunter fallen: Lohnordnung, Arbeits-
 ordnung, sonstige Dienstvorschriften für die Arbeiter, die Bemessung der Dienst-, Arbeits- und Ruhezeit, Unfallversicherungsbedingungen; c) Streitigkeiten der Arbeiter untereinander zu schlichten, wenn beide Teile die Vermittelung des Ausschusses anrufen. Die Arbeiterverschüsse sollen aus mindestens 3 und höchstens 10 Mit-
 gliedern bestehen. Wahlberechtigt und wahlbar sind alle Arbeiter, die das 21. Lebensjahr überschritten haben und in einem bannamt-
 lichen Registerbuch in Verwendung stehen. Die Wahl ist geheim. Die Wahl der Ausschussmitglieder und Ergänzungsmänner erfolgt auf drei Jahre. Die Ausschüsse sind in der Regel jährlich einmal einzuberufen. Aus Anlaß der Teilnahme an den Ausschussitzungen sind Vorkosten nicht statt. Die Wahlen sind stets an einem Sonn- oder Feiertag vorzunehmen.

Aus jeder Blüte Donia saugen möchte der „Pahr. Anier“, der in seiner Nummer vom 5. Dezember in einem großen Artikel „Soziale Monnunalpolitik“ bezieht, gegen Frei-
 sinn und Sozialdemokratie wertet. Er zitiert nämlich unseren Artikel in Nr. 12 der „Monnunalen Praxis“, in welchen die Rückständigkeit des Berliner Monnunalbrennens geachtet ist und einige Beispiele hierfür gegeben werden. Soweit so gut. Aber nun folgt ein Satz und es wird — nau oder wider besseres Wissen? — behauptet, die Sozialdemokratie trage Schuld an der Rückständigkeit der Berliner Monnunalverwaltung, weil — sie in Preußen mit den Anier ein Bündnis annehme! Es folgt die wilde Entwertung mit dem Schlußwort: „So verbrüdet sich die Sozialdemokratie mit den ächtsten Feinden des Volkes, wenn es nur gegen das höchste Ehrenamt geht.“ Unser Artikel war aber ausgedrückt gegen den Anier geschrieben und obendrein sollte eben nur halbwegs informierten Sozialpolitiker bekannt

sein, daß in allen Kommunen, wo der Freisinn herrscht, die Sozialdemokraten einen erbitterten Kampf gegen den Liberalismus führen gerade wegen seiner sozialpolitischen Rückständigkeit. Mit dem Schreiber kammer unbekannt, daß infolge Treibhorn- und Dauscherberprivileg die Sozialdemokratie in den preussischen Ge-
 meinden immer in der Minorität ist und schon dadurch nicht ver-
 antwortlich gemacht werden kann für die kommunalpolitischen Sünden der Mehrheitsparteien? Gegen den Mißbrauch unserer Ausführungen möchten wir jedenfalls Verwahrung ein-
 legen. Wir empfehlen aber dem „Pahr. Anier“, überall dort, wo das Zentrum im Rathaus herrscht, erst einmal Remedie zu schaffen! Hier erwacht ihm eine umfangreiche und dank-
 bare Arbeit!

Eine Erhöhung der Eisenbahnarbeiterlöhne wird von der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Land-
 tags von der Regierung verlangt. Es sollen drei Erstellufen ge-
 schaffen werden. Der Grundlohn soll in der 1. Klasse 3,00 Mk., in der 2. 3,40 Mk. und in der 3. Klasse 3,20 Mk. betragen. Nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre sollen periodische Lohnsteigerungen beginnen und zwar derart, daß nach dem 1., 3., 5. und 7. Dienst-
 jahre der Tagelohn um 30 Pf., nach dem 9., 11., 13. und 15. Dienst-
 jahre weiter um 20 Pf. erhöht wird. Die Löhne der gewerblichen Arbeiter sind im allgemeinen um 20 Proz. höher zu gestalten und die Löhne der Werkstattnarbeiter ähnlich wie in Baden und
 Württemberg zu regeln. Ferner wird verlangt, daß rückwirkend vom 1. Oktober 1907 die Löhne der Eisenbahnarbeiter im allge-
 meinen um 15 Proz. erhöht werden und daß vom 1. Januar 1909 ab in den Betrieben der staatlichen Verkehrsanstalten die durch-
 schnittliche effektive Dienstzeit 9 Stunden nicht überschreiten darf. Pausen unter 15 Minuten sind in die Arbeitszeit einzurechnen. Abgesehen ist dem Eisenbahnarbeiterpersonal unter Fortzahlung des Lohnes Urlaub zu gewähren, und zwar nach einem Dienst-
 jahre drei Tage, nach drei Dienstjahren fünf Tage, nach fünf Dienstjahren acht Tage, nach 10 Dienstjahren zehn Tage und nach fünfzehn Dienstjahren vierzehn Tage.

Gelbe Gewerkschaften sind zu bekämpfen. Am 21. Oktober hat ein bemerkenswertes Urteil des Landgerichts Vors-
 dan den Metallarbeiter Gen. Komitee von der schweren Arbeitstet freigegeben, den Generalsekretär des registrierten Verbandes der Großindustriellen Quack beleidigt zu haben. Komitee hatte in einer Rede vor dem Ansdluß an die von dem genannten Verbands bequämigte Schwinggewerkschaft der Gelben gewarnt. Das Land-
 gericht erlangte zur Freisprechung Komitee, weil Komitee als Ge-
 werkschaftsbeamter lediglich durchaus berechtigte Interessen wahr-
 nahm, als er die Natur der „Gelben“ bloßlegte und diese insbe-
 sondere von Herrn Quack lebhaft gepöbelte Gießpflanze energisch bekämpfte. Gegen das Urteil war trop — oder wegen? — des Be-
 mühens seiner Entscheidungsgründe Revision eingelegt, ohne Rück-
 sicht darauf Recht zu sprechen, daß der angedeutete Beleidigte die Inter-
 essen der Industriellen und der vermeintliche Minister die der Ar-
 beiter vertrat. Die Revision ist nunmehr zurückgezogen. Es liegt also ein rechtskräftiges preussisches Gerichtsurteil vor, das rückstän-
 diges anerkennt, ein Gewerkschaftsbeamter nimmt durch den Kampf gegen die Gelben durchaus berechtigte Interessen der Arbeiterklasse wahr und macht sich durch diese Wahrnehmung nur straflos, wenn die Absicht einer Beleidigung aus der Form seiner Äußerungen oder aus den Umständen erhellt, unter denen sie fielen.

Die Rückwanderung von Arbeitern aus den Vereinigten Staaten ist gegenwärtig ganz besonders stark. So ist der Dampfer „Freudent Ocean“ der Hamburg Amerika-
 Linie von New York mit 2000 Zwischenrückern abgegangen und der Dampfer „Victoria“ derselben Reederei mit 2111. Was die früheren Monate dieses Jahres haben schon eine starke Rückwan-
 derung gebracht. Von den Rückbüßen der Vereinigten Staaten gingen in den ersten 10 Monaten dieses Jahres an Zwischenrückern rund 319000 Personen fort gegen 251000 in derselben Zeit des Vorjahres, also rund 68000 Personen mehr. Diese Rückwanderung ist eine Folge der Verdrängerung des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten, die überdies im Gefolge der finanziellen und industriellen Krisis eingetreten ist. Die amerikanische Industrie geht in kata-
 strophischer Form mit Produktionsbeschränkungen und Arbeiterent-
 lassungen vor. Die vor der amerikanischen Krise flutenden Rück-
 wanderer werden von den die ärmliche Situation ausbeutenden transatlantischen Dampfergesellschaften grundlos gehalten, indem diese die Passagierpreise erhöhen und so den Rückwanderern noch die letzten Pfennige aus der Tasche holen.

Die Opfer des Automobils. In einer bedenklichen Prospektüre des Autocenters Mühl wird mit nüchternen und unüber-
 leglichen Zahlen ein erschreckendes Bild vom Automobil gezeichnet, und wir erkennen, daß das Auto, wie es heute ist, unsere Tempelgötzen nicht verdient. Hier einige kurze Daten aus dem reichen statistischen Material, das der Berliner vom statistisch Statistischen Amt und sonstig. Volkswirtschaft in Berlin bekommen hat. Tausend trägt das Automobil alljährlich die Schuld an 4000 schädlichen Ereignissen, an 3000 Verletzungen von Menschen, von denen 100 mündelnd getötet werden. Das Zahlenverhältnis der durch das Automobil Verletzten zu den sonst durch den Straßenverkehr Verletzten ist 25:75, 35:65 aber ist das Verhältnis der Getöteten. In Geld

schätzt der Verfasser den auf diese Weise angerichteten Schaden auf 8657 000 Mk. Aber unter dem Schlag unzureichender Gelegenheitsbestimmungen erleben die Automobilbesitzer nur den hundertsten Teil dieses Schadens. Ja, diese Zahlen lächeln allerdings zum Himmel. Was verdirbt es für unser vorüberflüchtiges Leben, wenn festgelegt wird, daß etwa 100 Millionen Mark in der deutschen Automobilindustrie angelagert sind, wenn uns diese Industrie auf der anderen Seite solche Wunden schlägt. Dazu kommt die Tatsache, daß das Automobil, wie es jetzt noch beschaffen ist, in des Wortes wahrer Bedeutung einen unsozialen Charakter hat; es ist kein Verkehrsmittel für die Allgemeinheit, sondern nur für eine beschränkte Zahl von Menschen, da es sowohl zu teuer, wie in der Konstruktion zu kompliziert ist. Ein 24pferdiges Auto macht jährlich 12 000 Mk. Betriebskosten. Wo kann es als Arbeitsmittel für Leute von nur 50 000 Mk. Jahreseinkommen und darunter mehr in Betracht kommen. Aber damit sind die Schwächen des Autos noch nicht erschöpft. Verfasser erinnert an die wackeren Freireisenden der Panikzeiten, die an sich schon jede Kontinuität des Arbeiterverbandes verhindern, an die Aussetzung der Angestellten in der Automobilindustrie, deren Vertreter, mit wenigen ehrenvollen Ausnahmen (Wenz, Daimler u. a.) in dem Jagatour, Beamten und Arbeiter nur ein Vorkriegsereignis, deren Arbeiter wertlose Buchhalter sind, die durch Vorkriegs- und Kriegstäter jede männliche und ehrenwerte Stimmung unter den Beamten und Angestellten ausrotten, und die mit einer erwiderten „guten Gewerkschaft“ jede, wenn auch noch so bedeutende Lohnerböhung verhindern.

Die Telegraphenarbeiter Berlins beschließen in einer großen Versammlung die Abfassung einer Petition an den Reichstag mit diesen Forderungen: 1. Keine arbeitslose Unternehmung vor der Einstellung (mit) bisher mit 5 Mk. von dem Anwärter bezahlt werden. 2. Versicherung einer einheitlichen Dienstleistung. 3. Abrechnung der Telegraphenarbeiterbeiträge zum Bildungsdienste bei Eintritt in das Beamtenverhältnis. 4. Ueberführung der Telegraphenarbeiter in das Beamtenverhältnis. 5. Einrichtung einer Alterspensionkasse für die nichtamtlich berechtigten Telegraphenarbeiter, Handwerker oder Bauarbeiter. 6. Einrichtung von Arbeiterkassen für jede Oberpostdirektion. 7. Einheitliche Lohnerböhung nach Tarifverhältnissen und gleichmäßige Lohnstufen. 8. Aufrechterhaltung der Invaliditätsrenten bei der Abstellung als Unterbeamter zur Hälfte der insgesamt zu Hebrun Beiträge. 9. Verhütung der Arbeitslosigkeit durch den Arbeitsmann. 10. Vermeidung der Arbeitslosigkeit durch den Arbeitsmann über diese Forderungen hatten die Telegraphenarbeiter den bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreis von Tübingen genutzten berühmten Abgeordneten Dr. med. Straube bevollmächtigt. — Es diese letzten Petition fernab vom Wege der modernen Arbeiterbewegung zum Ziele führen, erweist sich als zweifelhaft!

Protest gegen den Vereinsgesetzentwurf. Die Vertretung der württembergischen Sozialdemokratie und der vereinigten Gewerkschaften protestiert in einem scharfen Antrag gegen den in mehreren politischen Mandatär, der in dem Entwurf für das württembergische Volk liegt und fordern zum Kampf gegen die in dem Entwurf ausgedrückten Behauptungen auf.

Herrn Baasches kleine Sammeln. Die er kürzlich im Reichstag gegen die Forderung eintrug, sind bekanntlich lang in Berlin und anderswo von den radikalen Vorkämpfern protestiert. Wie wir der „Märker Volkszeitung“ entnehmen hat schon der Dichter Theodor Fontane in seinem Roman unter dem Titel „Schöpfung“ folgende Verse darauf gemacht:

Was nicht kratzen und nicht brämmeln,
Aber die Berliner Sammeln
Werden müßlich zum Skandal!
Ihre Hauptzug brauchen Wollen
Zuwenden. Denn die Väter haben
Ehne Glauben und Moral.

Alles ist in Nichts übergegangen,
Kerker und Scheiterhaufen
Sind noch letztes Ideal.
Alles hier man sich verabschieden,
Die Marotten schon verstorben,
Eine Glauben und Moral.

Aber, Herr, wolle nicht trauern,
Was den letzten Regenbäumen
Holt uns, hat schon, ein Konal.
Denn es folgen unsre Mieber
Und der haben, allen Streiter
Reich für Glauben und Moral.

Die Kaiserlichen Reichlichen Elektrizitätsarbeiter nahmen eine Resolution in Form eines Memoriums an, in der sie ihre Forderungen anstellen. Der Sekretär des Zentralrats der Elektrizitätsarbeiter wurde mit der Einreichung des Memoriums und der Beilegung des Ausdrucks beauftragt.

Briefkasten.

Das Inhaltsverzeichnis konnte infolge Arbeitsüberhäufung leider nicht mit Ablauf dieses Jahres geliefert werden. Es wird aber demnächst beigelegt. Sonderbestellungen erweisen wir uns gehend an die Expedition zu richten.

Verbandsteil.

Leistung der Hauptkasse.

Im Monat November gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:
Für das 3. Quartal 1907: Pant 98,08 Mk., Prandenburg 11, - Mk., Cohn 531,58 Mk., Eibenach 30, - Mk., Goppingen 2, - Mk., Hamburg 1905,20 Mk., Ludwigshafen 420,50 Mk., Mainz 10, - Mk., Nürnberg 110, - Mk., Stuttgart 600, - Mk., Würzburg 91,52 Mk., Jitau 18,00 Mk.

Für das 4. Quartal 1907: Dresden 1500, - Mk., Leipzig 500, - Mk., Mainz 450, - Mk., Mannheim 500, - Mk.

Für Protokolle: Pforzheim 1,20 Mk., Straßburg 4, - Mk.

Für Mitgliedsbücher: Nutterale: Jitau 5, - Mk.
Ferner gingen ein: Altwater, Rückprämie 1,20 Mk.

Von den Einzelnmitgliedern:

Nr. 14 198	4,50 Mk.	Nr. 31 733	3,50 Mk.	Nr. 31 991	5,05 Mk.
" 30 154	2,80 "	" 31 738	3,50 "	" 31 992	5,05 "
" 30 178	4,55 "	" 31 741	3,50 "	" 31 993	5,05 "
" 30 184	3,50 "	" 31 751	1,40 "	" 31 994	3,50 "
" 30 198	2,80 "	" 31 756	4,55 "	" 31 995	4,70 "
" 30 199	4, - "	" 31 765	1,75 "	" 31 996	5,40 "
" 31 704	2, - "	" 31 768	2,80 "	" 31 997	5,05 "
" 31 707	4,90 "	" 31 771	3, - "	" 31 998	5,05 "
" 31 709	4,20 "	" 31 786	2,10 "	" 31 999	5,05 "
" 31 717	3,25 "	" 31 789	4, - "	" 32 000	5,05 "
" 31 720	2,50 "	" 31 985	3,50 "	" 34 191	4,90 "
" 31 721	5, - "	" 31 987	4,90 "	" 34 192	3,75 "
" 31 722	3,25 "	" 31 988	2,25 "	" 67 179	4,55 "
" 31 724	4,90 "	" 31 989	4,55 "		
" 31 731	4,55 "	" 31 990	3,50 "		

Zusammen 107,65 Mk.

per G. Schumann, Hauptkassierer.
E. Riedel.

Totenliste des Verbandes.

Stefan Holmer, Reichenhall Gemeindefreier † 5. Dezember 1907.	Josef Gerich, München † 10. Dezember 1907 im Alter von 73 Jahren.
Michael Kerkowsky, Berlin † 10. Dezember 1907 im Alter von 56 Jahren.	

Ehre ihrem Andenken!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Gross-Berlin

Mittwoch, den 25. Dezember 1907
(1. Weihnachtstag)

Weiterer Weihnachts-Abend

im großen Saale der
Arminhallen, Kommandanten Straße 58-59
zum Nutzen des Notstands-Unterstützungsfonds
Mitwirkende: Margarete Walkotte, Bettelbiva,
Hil. Thyra Nordström, Götting, Herr Georg Wolff,
Resitationen eigener Forderungen Herr Bernhard
Nitzsche, Altwater.
Anfang präzise 7 Uhr. Eintrittskarte 30 Pf.

Nachdem: **BALL**

Gewinn die durch den Ball gewonnenen Gelder an die Filiale